

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Beitzteile kosten 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Anserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 26.

Sonntag, den 28. Juni.

1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Worauf es ankommt!

„Bleibe im Lande und nähre Dich redlich! lautet ein bürgerlicher Satz, welcher aber immer vergessen wird, sobald es sich um Kolonialpolitik, Kriegsrüstungen für die Weltpolitik und Befehung der armen Wilden handelt, während daheim bei uns Millionen in Schmutz und Elend verkommen und niedere Löhne und mangelhafte Ernährung, die sogenannte Unterernährung in Verbindung mit der Ueberarbeitung zahlreicher Volksschichten die Keime der Proletarierkrankheit, der Schwindsucht, treibhausmäßig hervorruft und das niedere Lebensalter der Proletarier, statt sich wesentlich zu erhöhen, stabil bleibt. Man braucht bloß die Erkrankungs- und Sterblichkeitsstabellen, sowie die Tabellen über die Lebensmittelpreise zu betrachten, um die Bestätigung dafür zu finden, daß trotz des immens gestiegenen Reichtums im großen die Lebenshaltung im allgemeinen sich nur wenig erhöht hat, ja in vielen Berufen sogar gefallen ist. Eine völlig verkehrte Wirtschaft- und Zollpolitik, wie sie seit dem Jahre 1879 in Deutschland eingeführt und mit dem sogenannten Brotwuchertarif im Dezember 1902 ihren vorläufigen Abschluß erreicht hat, muß die Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Klasse chronisch machen. Ob der Brotwuchertarif in Kraft treten wird, ist, nachdem Wilhelm II. am 25. Dezember des vergangenen Jahres das Zolltarifgesetz genehmigt hat, in die Hand der Reichsregierung gegeben, welche bis zum Jahre 1910 das Recht besitzt, ihn praktisch in Wirksamkeit zu setzen. Inzwischen sind die Wahlen im Reiche vollzogen worden und die Entfernung eines Teils der Agrarier und Liberalen aus dem Reichstage ist erfolgt, auch ist durch den glänzenden Ausfall der Wahlen für die Sozialdemokratie Einfluß der Proletarier auf die gesetzgebende Gewalt gestiegen. Immerhin bleibt das schwacherlustige Zentrum Krumpf und von ihm hängt zum guten Teil auch die künftige Wirtschaft- und Zollpolitik des Reiches ab. Vor allem muß es sich entscheiden, ob Handelsverträge mit oder ohne Zugrundelegung des Brotwuchertarifs zu Stande kommen sollen. Wird dieser den Verträgen zu Grunde gelegt, so bedeutet das für zahlreiche Volksschichten weitere Annäherung des Schmachtriemens, im übrigen aber den Vollkrieg mit einer Reihe großer Vertragsstaaten. Das Zentrum erklärt freilich, daß es für Berücksichtigung der „Not“ der Landwirtschaft beim Abschluß von Handelsverträgen sei und muß erst abgewartet werden, ob in ihnen die Berücksichtigung der agrarischen Interessen der Zentrumslinker oder aber die Berücksichtigung der Lage der untersten Volksschichten in den Vordergrund gestellt werden wird. Hier wird es vermutlich auch zum ersten Mal zwischen den beiden großen Parteien des neuen Reichstags: dem Zentrum und der Sozialdemokratie kommen.

Welchen Gang die Dinge in Bezug auf die neuen Flottenabsichten der Regierung und die Vermehrung der Armee, der Artillerievorlage, der Reichsfinanzreform wie endlich der neugeplanten Steuern, von welchen Frhr. v. Thielmann bekanntlich den Tabak und die Biersteuer als die einzigen Objekte, welche noch bluten könnten, genannt hat — nehmen werden, steht dahin; sicherlich aber wird man mit der Wasser- und Weltpolitik nicht brechen, und das Zentrum und ein Teil der Linken wie die Rechte des Reichstags werden die Hip-Hip-Surra-Politik weiter machen. Insofern dürfte sich also gar nicht so viel ändern, wenn nicht der mächtige Volkspöbel am 16. und 25. Juni dieses Jahres auch in den Kreisen der Regierung nachhaltiger eingewirkt hat, woran wir leider nicht zu glauben vermögen. Auch hier wird es zu schweren Kämpfen zwischen der Sozialdemokratie und den übrigen Parteien am Berliner Königsplatz kommen. Die Lage der Dinge wird, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, immer schwerer und verworrener im Deutschen Reiche, und gerade die gesteigerten Marine- und Militärlasten, welche ihrerseits neue Steuern und neue Reichsumpfe auslösen, werden den Crispel auch im neuen Reichstage bilden. An der krankhaften Weltpolitik und Kolonialisierungssucht könnte Deutschland noch zum Weißbluten kommen, falls nicht das arbeitende Volk stets bereit ist, hinter seinen Vertretern im Reichstage zu stehen, und sein Veto gegen diese unsinnige Politik einzulegen. Man betrachte sich bloß die Kolonialpolitik, welche für den deutschen Reichsetat für das laufende Jahr mit rund 36 Millionen Ausgabe und nur 9 Millionen Einnahme abschließt. Man betrachte ferner die zirka 260 Millionen kostende Chinaexpedition, deren Deckung durch China selbst Bismarck der jüngere, der Abgeordnete, vor zwei Jahren bezweifelt hat. Schon jetzt weigert sich China, seine Raten in Gold zu zahlen, und hofft mit dem entwerteten Silber an Zahlungsstatt auszukommen,

d. h. also, Deutschland zu pressen. Das wiederholte Jena Deutschlands vor dem Fort Don Carlos in Venezuela hat den Hohn des uns feindlich gesinnten Auslands erregt. Von der Erwerbung der für 17 Millionen von Graf Bülow erworbenen fast wertlosen Palau- und Marianeninseln gänzlich zu schweigen. Unre Weltpolitik wird von den Auslandsstaaten mehr bespöttelt und belacht, als ernsthaft genommen, und wenn die Regierungen und die Flottenenthusiasten des Reichstags, welche letztere wir, wie gesagt, durch die Neuwahlen zum Reichstage noch keineswegs los gemorden sind, das Wort: Bleibe im Lande und nähre dich redlich! besser beachten würden, dann wäre auch für unsere innere Politik vieles gebessert. Hier schaut es jedoch windig genug aus. Die Sozialreform will nicht vom Flecke, und die Witwen- und Waisenversicherung hat man, wie schon früher an dieser Stelle hervorgehoben worden ist, ad calendas graecas verschoben, denn wir glauben nicht, daß sich das falsche Zentrum zur Durchdrückung dieser wichtigen Versicherungsformen aus eigenem Verstande wird; auch hier werden wir auf die ununterbrochene Pionierarbeit unserer Parteigenossen im Reichstage angewiesen bleiben. Ähnlich steht es mit der Fließschusterei an den geltenden sozialpolitischen Gesetzen, welche, ohne eine durchgreifende Reform, die sich in erster Linie auf die Zusammenlegung der Krankenversicherung, Unfall- und Invaliditäts- und Altersversicherung zu erstrecken, sowie die Leistungen gründlich zu erhöhen hätte — den arbeitenden Volksschichten an Leistungen nicht viel mehr denn Trinkgelder gewähren. Wie renommierten z. B. die bürgerlichen Parteien mit der einen Million, welche täglich an die Versicherten der Arbeiterklasse ausgezahlt würde, während sie gern verschweigen, daß an dieser Summe ca. 6½ Millionen zu Unterhaltende resp. Rentner partizipieren und die Durchschnittsrente pro Jahr und Versicherten sich auf 64½ Mark stellt. Hiergegen halte man die Millionen und Milliarden für Militär- und Marinezwecke, von welchen die bürgerliche Presse am liebsten zu schweigen pflegt, und doch werden dieselben zum weitaus größten Teile rein unproduktiv ausgegeben und werden es noch mehr, wenn erst Deutschlands Schlachtflotte weiter ausgebaut sein wird. Nicht weniger denn 4 Milliarden 353 Millionen sollen bis zum Jahre 1917 allein in die deutsche Schlachtflotte hineingebaut werden, während der Status für die Armee u. s. w. Jahr für Jahr über eine Milliarde erfordert.

Damit vergleiche man die für wirkliche Kulturzwecke im Reiche „disponiblen“ bescheidenen Gelder. Als solche können ohne weiteres solche für statistische Zwecke, das Gesundheitsamt und das Reichsversicherungsamt, ebenso das für die Untersuchung von Seunfällen bezeichnet werden. Da zeigt es sich, daß für das laufende Jahr für das Statistische Amt bloß 1 313 920 Mk., für das Reichsgesundheitsamt nur 636 420 Mk., für das Reichsversicherungsamt aber bescheidene 1 868 260 Mk. ausgezahlt werden sind. Für die Behörden zur Untersuchung von Seunfällen hatte man lediglich 34 500 Mk. übrig. Der ganze ordentliche Etat des Reichsamts des Innern erfordert 63 308 477 Mk., wozu noch ca. 11 Millionen einmalige und 4 Millionen außerordentliche Ausgaben treten.

Verweilen wir nur einige Augenblicke beim Reichsgesundheitsamt, um zu erkennen, wie wenig für die Steuern und Abgaben zahlende Reichsbevölkerung getan wird. Wir meinen die Maßregeln gegen die Tuberkulose. In Deutschland starben im Durchschnitt der Jahre 1894—1897 87 600 Menschen im Alter von 15 bis 60 Jahren jährlich an der Lungenseuche, d. i. auf je 1000 Lebende 2,95, während die allgemeine Sterblichkeit 9,1 Prozent beträgt. Von der erwerbsfähigen Bevölkerung Deutschlands geht nach den Darlegungen des Reichsgesundheitsamts der dritte Teil an Schwindsucht zu Grunde, und nicht immer ist die Todesursache aus dem Totenschein zu erkennen. Rippenfellentzündungen sind nach Dr. Friedeberg sicherlich tuberkulöser Art, auch Bronchialkatarrhe.

Ueberall, wo das Industrieproletariat vorherrscht, schrumpft die Zahl der Renten auf ein Minimum zusammen, weil die Schwindsucht alles hinwegrafft, ehe es das 70. Lebensjahr erreicht. Nach statistischen Aufmachungen der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik erreichten von 40 000 Zugehörigen nur 28 das 70. Lebensjahr. Bei den Tabakarbeitern ist es bekanntlich ebenso. Was geschieht nun gegen die Tuberkulose von Reichs wegen? So gut wie nichts. Im Jahre 1899 bedurfte man z. B. für etwa 50 000 an Lungentuberkulose Erkrankten im Reiche (à 6 Monate Heilbehandlung) 25 000 Betten. Tatsächlich existierten damals nur 21 Heilstätten mit 1486 Betten = 6 Prozent. Die Reichsregierung hat keine Millionen zur Unterstützung der Heilstätten übrig, noch weniger eine Milliarde. Der Militarismus und die Marine verschlingen

alles. Was wirklich geschieht, müssen die Krankenkassen und Invalidenanstalten erreichen. Draußen in der Welt schlagen wir uns mit den armen Wilden und der mongolischen Rasse herum und opfern Millionen auf Millionen, während im Inlande die armen Steuerzahler elend zu Grunde gehen. Das ist nur ein Beispiel zum Vergleich. Bezüglich der Volksschulen, der Fabrikinspektion u. s. w. geschieht nichts aber auch gar nichts von Reichs wegen, man überläßt alles den Einzelregierungen und dort kommen diese Institutionen ebenfalls schlecht weg.

Worauf es ankommt, ist in der Tat, daß endlich mit der Regierungspolitik und der Kolonialpolitik wie mit allen unproduktiven Ausgaben gebrochen wird, und nicht bloß die Kolonisation, sondern mehr noch der Schutz des Menschentapitals, des wichtigsten Kapitals für ein Volk, energischer in Angriff genommen wird. Vom volkswirtschaftlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Standpunkte ist für ein Industrieland wie Deutschland die beste Politik die für das Inland. Mit dem Auslande und speziell auf dem Gebiet des Handels und internationalen Verkehrs werden wir schon fertig werden; die Hauptsache ist und bleibt, daß alles wohl im Hause steht und die Wohlfahrt aller keine bloße Phrase bleibt.

Rundschau.

Zur Lage des Arbeitsmarktes. Das erste Halbjahr 1903 neigt seinem Ende zu. Da ist es angebracht, einen orientierenden Blick auf den bisherigen Verlauf der Beschäftigungsverhältnisse zu werfen sowie die Aussichten der nächsten Zukunft kurz zu erörtern. Als während der ersten Monate dieses Jahres eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes von einem starken Ueberangebot von Arbeitskräften stattfand, da wurden vielfach Hoffnungen laut, nach denen man annehmen sollte, die Krise wäre schon überwunden. Damals war es notwendig, gegen derartige optimistische Wallungen Stellung zu nehmen und an der wirklichen Lage des Arbeitsmarktes zu zeigen, daß trotz einer nicht zu leugnenden Besserung des Beschäftigungsgrades die Krise noch nicht überwunden war. Die Besserung auf dem Arbeitsmarkte hielt während der drei ersten Monate an, im April trat dann ein leichter Rückschlag ein, der wieder neue Befürchtungen wach werden ließ. Wie aber nunmehr die Arbeitsnachweisstatistik für den Monat Mai ergibt, haben sich diese Befürchtungen nicht verwirklicht, vielmehr weist der Mai eine abermalige erfreuliche Besserung gegenüber dem Vorjahre auf. Das Angebot ist von April auf Mai zwar gestiegen, aber erheblich weniger als in den Vorjahren. Auch die jetzige Besserung der Lage des Arbeitsmarktes darf aber keineswegs dazu verleiten, außer Betracht zu lassen, daß wir uns noch immer in einer Zeit matten Geschäftsganges befinden. Wichtig ist, die wirtschaftliche Situation war für die Arbeiter in den Jahren 1901 und 1902 ungünstiger als heute; aber abgesehen von den beiden genannten Jahren war jedes Jahr seit 1896 besser als das laufende. Ja, der Stand des Arbeitsmarktes ähnelt gegenwärtig stark der Lage im Mai 1901, also einer Periode, die mitten in die Krise fiel. Die Besserung, die man seit Beginn des Jahres konstatieren kann, bedeutet nur, daß die Konjunktur sich vom Tiefpunkt des gewerblichen Niederganges entfernt hat und sich wieder nach oben, auf die Höhe eines normalen Geschäftsganges bewegt, ohne daß indes diese Höhe bis jetzt erreicht wäre. Noch ist das Angebot von Arbeitskräften äußerst stark, die Zahl der Neueinstellungen verhältnismäßig bescheiden und die Arbeitsgelegenheit keineswegs ausreichend, um einen ständigen und stetigen Vollbetrieb in allen Erwerbszweigen durchführen zu können. Dazu kommt aber noch, daß die Einkommensverhältnisse gegen die Jahre des Aufschwungs sich verschlechtert haben, die Lebensmittelpreise sogar gerade während der letzten Monate zum Teil nicht unerheblich gestiegen sind. Wir möchten hier darauf hinweisen, daß die Kleinverkaufspreise für Fleisch, Speck, Kartoffeln und Butter erheblich angezogen haben.

Die amtliche Streikstatistik ist noch immer verbesserungsfähig. Namentlich ist zu verlangen, daß das Kaiserliche statistische Amt nicht nur Vierteljahrs-, sondern monatliche Nachweise der Ausstände gibt. Man hatte vielfach erwartet, daß das monatlich erscheinende Reichsarbeitsblatt, dessen zweite Nummer am 22. Mai erschienen ist, monatliche Nachweisungen über Streiks bringen würde. Das ist aber keineswegs der Fall. Die amtliche Zeitschrift beschränkt sich vielmehr darauf, die üblichen Vierteljahrsübersichten zu geben. Es ist zu hoffen, daß aus diesen Vierteljahrsübersichten bald monatliche Nachweisungen werden, wie wir sie z. B. in England, Frankreich, Belgien u. s. w. schon längst haben. Schwierigkeiten stehen der Zusammenstellung monatlicher Streikübersichten nicht im Wege, da die Streikmeldung

vom Reiche schon einheitlich organisiert ist und höchstens eine Beschleunigung der Meldungen angeordnet zu werden braucht. Nach der Uebersicht in der Nr. 2 des Reichsarbeitsblatt betrug im ersten Vierteljahr 1902 die Zahl der neu begonnenen Ausstände 307. Beendet wurden dagegen 269 Streiks, von denen 588 Betriebe betroffen waren. Bei Ausbruch des Streiks waren in den betroffenen Betrieben 38 086 Arbeiter beschäftigt, von denen 14 262 die Arbeit niederlegten. Der Ausgang der Streiks war im allgemeinen nicht günstig. Wollen Erfolg hatten nur 70, teilweisen 78, während bei 121 die Streikenden nichts erreichten. Gegenüber dem Jahre 1901 ist eine starke Zunahme der Streikbewegung festzustellen. Denn 1901 wurden im ersten Quartal nur 205 Streiks begonnen und 182 beendet. In den beendeten Streiks waren nur 7801 Arbeiter beteiligt.

Wie die Regierung Material sammelt, das gegen die Arbeiter und ihre Organisationen verwendet werden soll, dafür hat schon die berühmte Denkschrift zur Putschvorlage ein abschreckendes Beispiel geliefert. Nicht besser steht es um das „Material“, das der Regierungsrat Hoffmann gesammelt hat, um die Notwendigkeit einer Einschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen zu beweisen und die selbstbestimmten Einschränkungen der neuesten Krankenkassennovelle zu rechtfertigen. Dieser Herr Hoffmann hat den Krankenkassen im Reichstage vorgeworfen, daß viele ihrer Verwaltungen pflichtwidrig vorgingen, und er hat dies mit ganzen 16 Fällen belegt. Der Zweck der Uebung war, nachzuweisen, daß die bisherigen Befugnisse der Aufsichtsbehörden ungenügend seien und erweitert werden müßten. Die Deutsche Krankenkassenzeitung hat sich nun der Mühe unterzogen, die Hoffmann-Fälle nachzuprüfen, und es ergab sich: Wo wirklich Unregelmäßigkeiten vorkamen, konnte die Aufsichtsbehörde schon auf Grund des bestehenden Gesetzes Remedur schaffen, in einem Fall waren Unterschlagungen des Kassenverwalters so raffiniert ausgeführt, daß auch die Aufsichtsbehörde sechs lange Jahre lang nichts davon merkte; das Material Hoffmanns ist mit Unrichtigkeiten, mehr als einem Duzend durchsetzt, und direkt im Widerspruch zu seinen Anklagen stehen die Erklärungen der Ortskrankenkassenverwaltungen von Blumenthal, Frankfurt a. M., Rudenwalde und Nixdorf. Das Material des Herrn Regierungsrats ist also, wie von sozialdemokratischer Seite schon im Reichstag dargetan wurde, gar nicht beweiskräftig, weder nach der einen noch nach der andern Richtung, woraus die Regierung, wie die Frankfurter Zeitung meint, abermals die Lehre ziehen könnte, daß sie Material, welches zur Begründung sozialpolitischer Gesetzentwürfe verwendet werden soll, besser sichten und mit der Sitte brechen muß, in ihren Denkschriften und Sammlungen nur die Ankläger und nicht die Angeklagten sprechen zu lassen. Besser wäre es, wenn die Regierung überhaupt darauf verzichten wollte, bald hier, bald dort von den denjenigen Rechten der Arbeiter noch etwas abdröckeln zu wollen. Dieser Zweck ist ja immer das Primäre; das „Material“ wird dann erst gesammelt, um für die Absicht „Gründe“ herbeizuschaffen. Da ist es freilich dann kein Wunder, daß das Material stets so kläglich ausfällt, denn wirklicher Anlaß zu solchen Beschränkungen liegt überhaupt nicht vor.

Versteckte Androhung einer Schädigung und § 153 der Gewerbeordnung. Während des Streiks bei Vörsig in Tegel traf der Metallarbeiter F. zwei Arbeitswillige. Auf seine Frage: „Zur Arbeit in Tegel?“ erhielt er die höfliche Antwort: „Das geht Dir 'n Dreck an!“ Darauf bemerkte er: „Wartet nur, einmal kriegen wir Euch doch, es kommt noch eine andere Zeit.“ Wegen dieser Aeußerung wurde F. vom Landgericht auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen verurteilt. Das Gericht führte aus, diese an die beiden arbeitswilligen Dreher gerichteten Worte stellten sich als eine Drohung dar und zwar als eine versteckte Androhung einer Schädigung. Es wäre auch anzunehmen, daß der Angeklagte beabsichtigt habe, durch diese Drohung die Arbeitswilligen zu bestimmen, an einem Streik zwecks Aufbesserung von Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Angeklagter habe ihnen durch seine Aeußerung für den Fall, daß sie weiter arbeiteten, Unannehmlichkeiten und Schikane in Aussicht gestellt. Rechtsanwält Heinemann legte für den Angeklagten Revision ein. Der Strafsenat des preussischen Kammergerichts verwarf jedoch das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Die Revision scheiterte an der tatsächlichen Feststellung des Vorderrichters. Auch könne nicht der Nötigungsparagraph des Strafgesetzbuchs (der eventuell Geldstrafe zuläßt) angewendet werden, denn die Arbeitswilligen seien nicht mit einem bestimmten Vorgehen bedroht worden, sondern ganz allgemein mit Unannehmlichkeiten. Da wäre nur § 153 der Gewerbeordnung anwendbar.

„Streikbrecher“ nicht immer eine Beleidigung. Vom Schöffengericht in Köln war ein Maurer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden, weil er sich gelegentlich des Maurerstands im September vorigen Jahres in drohenden Redensarten ergangen und Arbeitswillige Streikbrecher genannt haben soll. Er legte Berufung ein. Die Strafkammer sprach ihn frei, da die Drohungen auch von einem andern gebraucht worden sein könnten, außerdem sei die Bezeichnung „Streikbrecher“ nicht unter allen Umständen eine Beleidigung. Diese Entscheidung fällt das Gericht zum erstenmal, in allen früheren derartigen Fällen erfolgte Verurteilung.

Arbeitslosenversicherung. Die Stadtgemeinde München plant die Einführung einer Arbeitslosenversicherung und zwar nach dem Genter System. Die Arbeiterorganisationen sollen jährliche Subventionen erhalten, während für die nicht organisierte Arbeiterschaft eine besondere Sparkasse zu gründen wäre, die zu den auszahlenden Unterstützungen einen gemeinlichen Zuschuß bis zu 50 Prozent gewährt. Zum Zwecke einer informativen Vorbesprechung über diese Angelegenheit fand in den letzten Tagen eine Versammlung statt, zu der Vertreter aller Arbeiter- und Unternehmerverbände eingeladen waren. Es kam dabei zu einer sehr heftigen Auseinandersetzung, da die Vertreter der Innungen gegen eine derartige Verwendung städtischer Gelder entschieden Protest einlegten. Schließlich erklärten sich die Herren aber doch bereit, an den vorbereitenden Arbeiten teilzunehmen. Einer zu diesem Zwecke gebildeten kleinen Kommission gehören auch zwei Vertreter der modernen Gewerkschaften an.

Für die Tabakindustrie ergibt sich nach dem Jahres-

bericht der Tabak-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1902 eine scheinbare Zunahme der Beschäftigungsgelegenheit gegenüber 1901. Es werden nämlich für 1902 mehr Arbeitstage nachgewiesen, als für 1901. Die Zahl der Arbeitstage betrug nämlich:

1901	41 622 000
1902	42 371 100

Die Zunahme beträgt also 748 500 Arbeitstage oder ergibt, 300 Arbeitstage gleich einem Arbeiter gerechnet, eine Vermehrung der Beschäftigungsgelegenheit für 2495 Vollarbeiter. Man wird diese Ziffern der Berufsgenossenschaft indessen erst auf ihren Wert prüfen müssen, ehe man daraus einen günstigen Schluß auf die Lage des Arbeitsmarktes während des Jahres 1902 zieht. Die Zahl der Arbeitstage wird nämlich von den Mitgliedern der Berufsgenossenschaft ganz ohne Rücksicht auf die Dauer der Arbeitszeit während des einzelnen Arbeitstages nachgewiesen. Ob ein Arbeiter an einem Tage voll, ob er nur eine Stunde oder ob er mit Ueberstunden arbeitet, ist für die Berechnung der Zahl der Arbeitstage ganz gleichgültig. Jeder Tag, an dem ein Arbeiter überhaupt beschäftigt ist, wird als voller Arbeitstag gezählt, ganz gleichgültig, wie lange der betreffende Arbeiter tätig war. Es ist klar, daß selbst bei einer starken durchschnittlichen Einschränkung der täglichen Arbeitszeit doch eine rechnerische Zunahme der Arbeitstage sich ergeben kann, besonders wenn vorübergehend eine erhebliche Vermehrung von Arbeitskräften erfolgt ist. Das darf dann aber nicht verleiten, die Zunahme der Arbeitstage ohne weiteres einer Besserung des Beschäftigungsgrades gleichzusetzen. Würden die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden nachgewiesen, dann könnte man wohl aus einer Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden ohne weiteres eine Vermehrung der Beschäftigungsgelegenheit feststellen; nach der Art der heutigen Nachweisung aber ist ein direkter Rückschluß nicht zulässig. Nun sind allerdings während des Jahres 1902 auch die Löhne gestiegen und zwar zahlten die versicherungspflichtigen Betriebe 75 220 214 Mk. gegen 73 817 222 Mk. im Jahre 1901. Die Zunahme an tatsächlich gezahlten Löhnen betrug danach im Jahre 1902 rund 1 403 000 Mk. Bei ca. 140 000 Bollarbeitern bringt dies pro Arbeiter im Jahre 1902 einen Mehrverdienst von 10 Mk. gegen 1901. Da der Lohnausfall im Jahre 1901 allen Beobachtungen zufolge bedeutender war, als 1902, so ist der pro Arbeiter berechnete Mehrverdienst sehr wohl möglich, ohne daß daraus schon auf eine normale Verdienstgelegenheit geschlossen werden dürfte. In dieser kritischen Beleuchtung ergeben die einschlägigen Ziffern des Jahresberichts der Berufsgenossenschaft, daß zwar das Jahr 1902 für den Arbeitsmarkt im Tabakgewerbe nicht ganz so ungünstig war, wie das Jahr 1901, daß aber trotzdem auch im Jahre 1902 Beschäftigungs- wie Verdienstgelegenheit noch immer unbefriedigend blieben.

Die Erbschaft der Armut ist von preussischen Richtern in drei Instanzen durch gerichtliches Urteil festgelegt worden! Ueber diesen geradezu ungeheuerlichen Fall der in minder bewegten Zeiten das größte Aufsehen erregen müßte, aber auch jetzt hoffentlich die gebührende Achtung finden wird, wird dem Vorwärts berichtet:

Die Verlegung einer Anmietungsbescheinigung beschäftigte am Donnerstag den vierten Senat des Oberverwaltungsgerichts. Der Kaufmann L. hatte gegen den Amtsvorsteher zu Koltwitz, welcher ihm die Genehmigung zur Errichtung von drei Wohnhäusern in der Gemeinde Koltwitz nicht erteilt hatte, Klage bei dem Kreisaußschuß erhoben, war aber mit derselben, ebenso wie mit der beim Bezirksauschuß zu Frankfurt eingeleiteten Berufung, zurückgewiesen worden. Beide Instanzen nahmen in Uebereinstimmung mit dem Amtsvorsteher an, daß gemäß § 15 des preussischen Anmietungsgesetzes vom 25. August 1876 für die benachbarten Wälder der Koltwitzer Bauern eine Gefährdung der Nützlichkeiten begründet sei, und war deshalb, weil die voraussichtlichen Mieter bei dem geringen Umfange der projektierten Wohnungen und des dazu gehörigen Landes zweifellos Proletarier sein würden, die sich von den Erträgen der Landwirtschaft oder des Gartenbaues nicht ernähren könnten — und daher mutmaßlich auf Raub ausgehen würden! Der Kläger suchte diese Ansicht mit der Revision vor dem Oberverwaltungsgericht als ungescheit an. Sein Vertreter, Rechtsanwält Dr. Broß, führte aus, daß die Unterstellung, als ob die beschlossenen Volksgenossen von vornherein auf Vergehen ausgingen, völlig ungerichtet sei; vielmehr sei zu erwarten, daß die proletarischen Mieter sich durch ehelichen Erwerb als Handwerker oder Tagelöhner ihren Unterhalt verdienen würden. Klagen doch gerade die Besitzer auf dem Lande über den Mangel an solchen Arbeitern. Ein Recht der Besitzenden, wie solches der Vorentscheidung zu Grunde liege, proletarische Elemente von ihrer Nachbarschaft fernzuhalten, sei weder gesetzlich, noch sozial, noch ökonomisch begründet. — Die Revision wurde zurückgewiesen mit der Begründung, daß, wie der Präsident eingehend ausführte, ein Rechtsirrtum des Vorderrichters nicht vorliege. Die tatsächlichen Feststellungen seien nicht revidibel, das Oberverwaltungsgericht könne deshalb auch nicht prüfen, ob nicht gerade mit vollem Recht der Vorderrichter in der Festlosigkeit der künftigen Mieter eine Gefahr für die Nachbarn gesehen habe!

Die sächsischen Richter sind übertrumpft: Sie haben den Offiziersstand für den ersten Stand erklärt. Preussische Richter fangen die Sache am andern Ende an und erklären die beschlossene Volksklasse für den letzten Stand, für Räuber und Diebe! Wenn das System, aus welchem dieses Urteil entspringen ist, längst hinweggeschwemmt sein wird, wird dieses Urteil als ein vollgültiges Dokument dafür erscheinen, wie blind die Vertreter des alten Regimes in Deutschland gewesen sind.

Berichte.

Deutsch-Mendorf. Sonntag, den 14. Juni, fand hier die erste öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Da wir ein Lokal zu dieser Versammlung nicht bekamen, mußten wir uns mit einer Wiese begnügen. Und da herrliches Wetter war und gegen 150 Besucher anwesend waren, versprach die Versammlung eine gute zu werden. Aber der gewöhnliche Mensch denkt und die Polizei lenkt. Schon vorher war von gewisser Seite versucht worden, auf den Einberufer einzuwirken, um die Versammlung unmöglich zu machen. Dann aber griff der Herr Gemeindevorstand Reichelt in seiner Gesetzeskenntnis, im Verein mit dem anwesenden Gendarm, in den Gang der Dinge ein. Die beiden Herren erklärten, zu dieser Versammlung hätten nur Tabakarbeiter Zutritt! Trotz des Protests und des Hinweises auf das Versammlungsrecht seitens des Vorstehenden der Dresdener Vorortskommission, Kollegen Uhlig, und des Referenten, Kollegen Racouron-Dresden, wurden eifrige Holzarbeiter aus der Versammlung gewiesen. Mit den Tabakarbeitern gingen auch Tabakarbeiter, weil sie glaubten, die Versammlung sei verboten! Und die noch nicht auf der Wiese waren, kamen überhaupt nicht, sondern blieben feittwärts stehen. Das schönste bei der Sache ist, daß der Einberufer ein Holzarbeiter ist und daß der Zigarrenfabrikant und Landtagsabgeordnete Herr Kluge sowie ein anderer

Herr Kluge (Buchhalter) der Versammlung beiwohnen durften, ohne vom Gemeindevorstand oder vom Gendarm behelligt zu werden! Hoffentlich sorgt die Behörde dafür, daß den Herren die nötige Gesetzeskenntnis beigebracht wird. Beschwerde ist bereits geführt worden. — Kollege Racouron ging in seinem Referat: Die gewerkschaftliche Organisation der Tabakarbeiter und ihre Stellung zur kommenden Tabakzollerhöhung, scharf mit den Herren Fabrikanten, besonders mit dem anwesenden Landtagsabgeordneten Kluge, ins Gericht und bemies, daß derselbe noch niedrigere Löhne bezahle als die süddeutschen Fabrikanten! Als Herr Kluge Beweise verlangte, stellte der Referent fest, daß Herr Kluge pro Wille mit Widelmachen 450 Mk., sage und schreibe vier Mark und fünfzig Pfennige, bezahle! 5, 6, 7 und 9 Mk. pro Wille nur für bessere und beste Arbeiten. Bei solchen Löhnen soll ein Familienvater seine Familie ernähren, Steuern — und die sind gerade hoch genug —, Schulgeld, Miete und was sonst noch gebraucht wird, bezahlen! Keiner zeigte, wie eine derartige niedrig bezahlte Arbeit auf das ganze Erwerbsleben und auf die Gesundheit der Arbeiter einwirkt, und fordert auf, dem Verband beizutreten. Der Deutsche Tabakarbeiterverband ist der einzige Hort für die Interessen seiner Mitglieder. Nachdem der Vorstehende, Kollege Uhlig-Dresden, noch einmal auf die Machinationen der Gegner eingegangen war, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf den Tabakarbeiterverband, in das die Kollegen kräftig einstimmten. — Wie uns mitgeteilt wurde, besteht dort noch ein Zwischenmeisterstichem. Der Zigarrenmacher bekommt den Lohn und bezahlt dabei die Widelmacherin! Wir fordern von der Behörde, daß sie diesem ungeseligen Zustande ein Ende macht, so daß auch in dem schwarzen Winkel des Herrn Landtagsabgeordneten Kluge das Recht zur Geltung kommt.

Langenbielau. Der Streit bei der Firma Gebr. Raschle dauert fort. Die Firma hat zwar eine Kleinigkeit zugestanden im Beisein des Gewerbeinspektors, Herrn Köpfer, welche die Ausständigen nicht zufriedenstellte. Die Ausständigen fordern, daß etwaige Zugeständnisse an Lohn für die verschiedenen Sorten auf einer Lohnstafel ersichtlich sind, was die Firma abgelehnt hat. Für geringere Sorten wollen die Herren Raschle absolut nichts zulegen. Mit dem von den Ausständigen gewählten Komitee hat die Firma nicht verhandelt, sondern sie hat sich selbst ein Komitee herausgeholt, mit welchem sich die Ausständigen einverstanden erklärten. Am Donnerstag wurden mit diesem Komitee die kleinen Zugeständnisse erzielt. Eine am Sonnabend mit demselben Komitee geplante Verhandlung im Beisein des Gewerbeinspektors wurde abgelehnt von der Firma. Es hat sich herausgestellt, daß ein Komiteemitglied, welches Herr Raschle ausgesucht hatte, Hilfe ist sein Name, ohne unser Wissen ganz allein mit dem Sohne der Firma ein intimes Gespräch geführt hat. Hilfe erklärte stets: Dieser ausständig zu verhungern, als in der Fabrik verhungern zu müssen. Hilfe war auch Anreger einer Genossenschaftsgründung, und nun ist derselbe mit seinen zwei Rädern arbeitswilliger geworden, außerdem Karl Labe und Luise Weigler geb. Petrasch; alle sind Koller, Widelmacher haben sich nicht verleiten lassen und führen den Kampf mit den übrigen weiter, bis die Firma günstigere Zugeständnisse gemacht hat. Zugut ist bis auf weiteres fernzuhalten. Etwaige Gelder und Briefe sind zu richten an Oskar K. L. L. L., Zigarrenarbeiter, 4. Bezirk, Nr. 102, Langenbielau.

Gewerkschaftliches.

Der Regierungspräsident in Hannover ist bemüht, eine Einigung im Baugewerbe herbeizuführen. Die Organisationen der Arbeiter haben sich bereit erklärt zu Verhandlungen, und schon am Montag morgen 8^{1/2} Uhr will er eine Sitzung mit den Vorständen der Organisationen abhalten.

Die Scharfmacher suchen mit allen möglichen Mitteln die Hannoverische Aussperrung zu verteidigen. Jetzt haben sie ihrem Gewaltstreik einen neuen hinzugefügt, indem sie kurzerhand auch die von ihnen ausgesperrten Maurer und Bauarbeiter auf die schwarze Liste setzen und brotlos zu machen versuchen. Die Maurer und Bauarbeiter streiken nicht; sie sind auf das Straßenpflaster geworfen, weil den Unternehmern jede freie Regelung der Arbeiterorganisationen verhaßt ist. Die Ausrottung der Organisation ist deren Ziel und deshalb ist den Baugewaltigen, unter denen sich auch manche zweifelhafte Existenz befindet, auch jedes Mittel zur Erreichung ihres Zieles recht. Unterm 16. Juni hat der Arbeitgeberverband an seine Mitglieder das nachstehende Zirkular gerichtet:

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Stadt Hannover, 3. Nr. 1934.

Hannover, 16. Juni 1903.
Die größere Zahl der Herren Kollegen ist noch im Rückstande mit Einsendung des Verzeichnisses der streikenden und ausgesperrten Maurer, Zimmerer und Arbeiter. Wir erjuchen dringend um schnelligste Einblendung der alphabetisch aufgestellten Verzeichnisse, damit die Streiklisten fertiggestellt und abgeandt werden können. Wir dürfen in diese Listen nur die von den Arbeitgebern ausdrücklich angegebenen Namen aufnehmen und können nicht etwa die bei der Krankenkasse erfolgten Abmeldungen zu Grunde legen, weshalb wir dringend bitten müssen, der kleinen Mühe der Ausstellung der Listen sich zu unterziehen oder aber auf unserm Bureau die Namen der betr. Arbeiter zu bezeichnen.

Siebel teilen wir gleichzeitig mit, daß die Aussperrung erfreulicherweise mit nur ganz geringen Ausnahmen durchgeführt worden ist; die Namen der abgefallenen Kollegen werden wir Ihnen in den nächsten Tagen mitteilen, damit wir sie unserm Gedächtnis einprägen.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeber-Verband, W. Lehmann.

Die Mitglieder sollen gewissenhaft angeben, wen sie ausgesperrt haben. Es könnte ja möglich sein, daß einige der ausgesperrten bei der Krankenkasse nicht abgemeldet sind und darum würde die schwarze Liste unvollständig werden. Das Baugewerkeamt hat ja die Krankenkasse in Verwaltung und kann deshalb schon die Kontrolle durchführen. Die Verursacherklärung der Abgefallenen wird wohl bei der Einprägung ins Gedächtnis nicht Halt machen. Einer solchen Organisation wie der der Baugewerkemeister ist alles zuzutrauen.

Gummi. Diejenigen Kollegen, welche hier in Arbeit zu treten gedenken, werden dringend in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei dem Bevollmächtigten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkundigen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Eine Organisation der Unorganisierten. Die Wählerreien gewisser Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen zeitigen sonderbare Blüten. Die Schuhfabrikanten in Birmafens zogen bekanntlich aus, um die Gewerkschaften der Arbeiter zu vernichten. Der saubere Plan ist ihnen nicht gelungen, die organisierten Arbeiter lehrten unbeflegt und ungeschwächt aus dem Kampfe zurück, und nach wie vor müssen die Fabrikanten mit den Gewerkschaften rechnen. Da sind die Unternehmer von Birmafens auf eine vortreffliche schlaue Idee verfallen. Im Kampfe konnten sie die organisierten Arbeiter nicht vernichten, nun wollen sie sie durch „Wohltaten“ kampfunfähig machen. Der Fabrikantenverein geht mit dem Gedanken um, eine Kasse ins Leben zu rufen, die bei Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit und Aussperrung die nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in gebührender Weise unterstützen soll. Der Verein soll der Kasse 20 000 Mk. als Grundstock überweisen und auch einen Teil zu den laufenden Beiträgen der Mitglieder zahlen.

Cinige nicht organisierte Arbeiter sind auch bereits zusammengetreten, um den Stamm für die von den Fabrikanten protegierte Organisation der Unorganisierten zu bilden. Die Hoffnung der „wohlthätigen“ Fabrikanten, durch die 20 000 Mk.-Spende Bresse in die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu legen, ist natürlich eitel. Die Organisation, die den Kampf siegreich bestand, läßt sich durch Lockungen erst recht nicht bekommen.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 88. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Ein Tag des Triumphs. — Die Einheitlichkeit der Marx'schen Werttheorie. Von Karl Vornberg. — Die holländischen Arbeitskammern. Von H. W. Bliegen. — Die Lage des englischen Municipalismus. Von M. Beer. — Die Organisation der arbeitenden Jugend in Oesterreich. Von Leopold Winarzky. — Litterarische Rundschau: Das Aboheisen. Hugo C. Jüngst, Die Furcht vor dem Kinde. Von Oda Verba-Dilberg.

Quittung.

Durch E. Galtier aus Everode bet Freiberg 5.13 Mk., durch B. Hahn aus Reustadt O.-Schl. 2.85 Mk., von Kollegen aus Peterswaldau 2.10 Mk. Allen Gebern besten Dank. Streif dauert fort. Selber und Briefe sind zu richten an Oskar Klose, Zigarrenarbeiter, IV. Bezirk Nr. 102, Langenbielau.

Vereinstell.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftsfotol: Hamburg-Plöhlenhorst, Mozartstr. 5, I. Ausschuss: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3. Schiedsgericht: Karl Kraßig, Dresden, Schanzengr. 3, II.

Zuschüsse: Mühlhausen 150 Mk., Kellinghusen 25 Mk., Halbau 50 Mk., Görlitz 50 Mk., Sandhausen 50 Mk., Erfurt 100 Mk., Südtengern 50 Mk., Wiloslaw 50 Mk., Walbheim 75 Mk., Kleinfleinheim 75 Mk., Heidingfeld 50 Mk., Briesg 100 Mk., Halberstadt 100 Mk. Krankengelder: 77.84 Mk. Summa: 1002.84 Mk. Hamburg, den 22. Juni 1903. B. Otto.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Dschmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II. Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibes- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Walland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Als verloren gemeldet ist das Buch Ser. III, 08813, lautend auf Heinrich Lehmann aus Birkela. Das Buch ist im Verzeigungsjahre zu konstatieren.

Baut Beschluß der Dresdner Generalversammlung tritt am 28. d. Mts. das neue Statut mit seinen erhöhten Beiträgen in Kraft.

Es empfiehlt sich daher, bis zu diesem Datum die Abrechnungen abzuschließen. Den Mitgliedern ist daher anzuraten, da es notwendig ist, den Uebergang zu vollziehen, ihre Beiträge bis dahin zu begleichen, damit keine Reste mehr vorhanden sind.

Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle Mitglieder, die sich bis zum 28. Juni der im Verbaude existierenden fakultativen Zuschußklasse anschließen oder anschließen haben, in der Zeit vom 28. Juni 1903 bis 31. Dezember 1903 bei Erwerbsunfähigkeit, soweit sie mindestens 13 Beiträge entrichtet, 13 Wochen oder 78 Tage lang eine Unterstützung in der Höhe jener Klasse der jetzt geltenden Zuschußklasse, für die sie ihre Beiträge entrichtet haben, erhalten.

Die Reiseunterstützung wird bis zum 1. Juli 1904 ausbezahlt, von da ab tritt die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung in Kraft.

Die Bevollmächtigten und Revisoren werden dringend ersucht, für pünktliche Einreichung der Abrechnungen Sorge zu tragen.

Nach § 8 gefirichen: Bülow, zur Zeit in Basel.

Die Bevollmächtigten und auch sonstige Kollegen, die die Adresse des Zigarrenarbeiters Delcorb kennen, wollen uns dieselbe mitteilen. Wahrscheinlich hält sich D. in Hamburg oder Nachbarorte auf.

Bremen. Der Vorstand.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten.

Zur Orientierung für die Bevollmächtigten sind vorläufig zwei Exemplare der neuen Statuten gefandt, und werden die noch fehlenden Statuten mit den Protokollen der Generalver-

sammlung zu Dresden an die Zahlstellen versandt werden. Auf Anfrage verschiedener Bevollmächtigter teilen wir hiedurch mit, daß die Marken, welche noch am Schluß des II. Quartals vorhanden, an den Vorstand einzusenden sind.

Es ist also genau darauf zu achten, daß im III. Quartal den Mitgliedern keine alten Marken in ihre Mitgliedsbücher eingeklebt und sobald die Reste für das II. Quartal beglichen, die noch übrig gebliebenen Marken eingesandt werden.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß auch die noch am Orte befindlichen alten Zuschußklassenmarken à 15 und 25 Pf. einzusenden sind, damit keine Irrtümer zwischen den alten und neuen Marken vorkommen können.

Um eine geregelte Versendung der neu eingeführten Marken vorzunehmen zu können, haben wir Bestellkarten an die Bevollmächtigten versandt, und ersuchen wir, sobald als möglich auf diesen Karten die ungefähre Anzahl der etwa notwendigen Marken bestellen zu wollen. Diese Karte ist dann frankiert umgehend an uns einzusenden, damit die Zusendung so schnell als möglich erfolgen kann.

Ohne Bestellung ist es nicht gut möglich, die am Orte etwa notwendigen Marken der verschiedenen Klassen senden zu können.

Die Zuschußkarten dürfen nur bis zum 28. Juni d. J. benutzt werden, da die fälligen Beiträge nach dem 28. Juni nur in neu eingeführten Marken ins Mitgliedsbuch geklebt werden dürfen.

Vom 9. bis 22. Juni 1903 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
Nr.	Mk.
8. Juni. Rawitsch	100.—
9. Ottenen	400.—
10. Goslar	100.—
11. Ohlau	100.—
13. Zell, R. N.	1.60
13. Würzburg, R. N.	2.60
17. Vastet	100.—
19. Berlin	300.—
20. Würzburg	100.—
20. Johanngeorgenstadt	100.—
21. Pfungstadt	70.—

B. Für Annoncen:

7. Juni, St. Martin, L. Lindner, in Nr. 24 des Tab.-Arb. 1.— Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Es wurde die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen. Bremen, den 22. Juni 1903. W. Nieder-Walland, Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Apolda: Paul Melein als 1. Bev. Für Griesheim: Georg Moser als 1. Bev., Joh. Klingner als 2. Bev., Ph. Feuerbach als 3. Bev.; Georg Schambach, Georg Merker, Jak. Kalblich als Kontrolleure. Für Radeberg: Max Artl als Kontrolleur.

Provisorisch aufgenommen sind:

Hermann Hud aus Neufahr (Baden), (463) Karoline Hamlich aus Durlach (Baden), Karoline Wähler aus Eggenstein, Frida Kunz aus Pfödingen, Elise Wusch aus Fuhgönnheim, Franz Napal aus Dungenbach, Frida Adam geb. Heßhauer aus Oeltringen, Karl Schnefberger aus Oberwesheim, Martin Meißner aus Zeuthern, Gabriel Lader aus Maßfenberg, Johann Klee aus Hohenheim. (175) Gretchen Hayder aus Oberdurbach. (377) Heinrich Sietmann aus Derlinghausen. (255) Anna Schmidt aus Würzburg. (377) Ulma Seidermann, Luise Loos aus Konneburg. (296) Walter Schumann aus Dahme. (68) Fritz Halbauer aus Wernigerode, Jakob Lohr aus Schwewe. (138) Ludwig Bender aus Griesheim. (112) Gitty Luwal aus Lössau. (195) Georg Knapp aus Grobhausen, Bernh. Meß aus Lorch. (445) Bernh. Schopp aus Speier. (332) Emilie Berndt aus Nohtemühle (s. N.). (272) Otto Wernig aus Staffeld, Franz Behrendt aus Nordhof, Gust. Edert aus Kleinaltdorf (s. N.). (354) Ebnard Kutzmann aus Johanngeorgenstadt. (169) Herm. Klenke, Herm. Adam aus Züllichau. (383) Gerh. Klent, Jepsen Schau aus Eichenburg, L. Sof. Biedl aus Hagenbühl. (332) Elise Schabfeldt aus Schwedt a. D. (335) Emanuel Loska aus Elbgoth, Bruno Lange aus Rottbus. (57) L. Webekind aus Gierße, Marie Webekind aus Braunschweig (beide s. N.), Frau Humerbrunn aus Braunschweig. (42) Alfred Diener aus Elich a. Harz. (124) Ernestine Schumann aus Biegnitz, Ida Schumann aus Goldberg. (211) Frau Kallmeyer, Berta Richter, Wilh. Holland, Wilh. Reune aus Wernigerode. (365) Karl Wittig aus Posen. (383) Karl Drescher aus Züsterbog (s. N.). (164) Erich Ball aus Nauen. (405) Anna Janßen aus Oberhausen (s. N.). (83) Lina Krimmer (s. N.). (193) Gust. Stelzer aus Jagelsdorf, Reinh. Sternberg, Paul Koad, Rich. Lobisch aus Dahme. (68) Erich Perste aus Spandau (s. N.). (312) Frau Böge aus Westermiesch, L. Landwehr aus Achim (s. N.). (3)

Emil Röhlig aus Niederleutersdorf, Max Brasse aus Seiffhennersdorf. (307)

M. Hansen aus Ottenen (s. N.). (34)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In Rüsteln: Bei Franz Lorbeer, Landsberger Str. 3, Hof 1, II. In Hildersheim: Durch J. Ebers, Goshenstraße 23, im Gewerkschaftshaus.

Adressenänderung:

Für Rottbus: Der 2. Bev. Wilh. Stiller wohnt vom 1. Juli ab Nordstr. 38, I. Die Beiträge sind an diese Adresse zu senden, begleichen die Bücher der auswärtigen Mitglieder.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Eurer Versammlungen zahlreich!)

In Apolda: Sonntag, den 28. Juni, im Vereinslokal Vornhrt's, Heidenberg. — Die nach hier steuernden Mitglieder werden ersucht, wegen der Neueinrichtung des Verbandes zu erscheinen, damit festgestellt werden kann, welcher Klasse er angehören will.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

In Eilenburg: Montag, den 29. Juni, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum weißen Hof. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Neugestaltung des Verbandes. 3. Kartellangelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Mitgliedsbücher sind zu dieser Versammlung mitzubringen oder selbige dem Beitragskassierer auszuhandigen. Erscheinen aller ist Pflicht.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

In Peterswaldau: Montag, den 29. Juni, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Reimann, Sandbühne. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedenes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. — Die Restbeiträge müssen bis zur Abrechnung beglichen sein. Um zahlreiches Erscheinen bitten

J. N.: Der Bevollmächtigte.

In Konneburg: Montag, den 29. Juni, Abends 8 Uhr, im Bergschloßchen. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedenes.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

In Bremen-Hastedt: Mittwoch, den 1. Juli, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Joh. Wünnmann. Tagesordnung: 1. Rechnungsablage. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten. 3. Verschiedenes. — Um vollzähliges Erscheinen erlirnt

J. N.: Der Bevollmächtigte.

In Bremerhaven: Sonnabend, den 4. Juli, Abends, im Lokal des Herrn Behrenhoff, Lange Str. 14. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedenes.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

In Achim: Sonntag, den 5. Juli, Nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

In Wattenfeld: Sonntag, den 5. Juli, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kuhnen, Freiheitstraße. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. — Die auswärtigen Mitglieder werden gebeten, zu erscheinen.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

In Frankfurt-Höchst a. M.: Montag, den 6. Juli, Abends 6 1/2 Uhr, im Adler, Höchst a. M. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

Eilenburg. Reiseunterstützung wird ausgezahlt im Gewerkschaftshaus Livoof, Halleische Straße. Machte die reisenden Kollegen darauf aufmerksam, daß dort zugleich Herberge ist, daß die Kollegen nicht bloß die Unterstützung holen und dann nach der Herberge zur Heimat gehen, um dort zu übernachten, wie dies leider zu oft der Fall ist.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

Emmerich. Den Kollegen zur Nachricht, daß hier bis auf weiteres keine Reiseunterstützung ausgezahlt wird.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

Liegnitz. Sämtliche Mitglieder der Zahlstelle Liegnitz werden ersucht, ihre Beiträge vom 2. Quartal bis zum 28. Juni zu begleichen. Wer den Aufforderungen des Vorstandes, sowie der Aufforderung der Bevollmächtigten nicht nachkommt, hat Streichung bei der Abrechnung zu erwarten und die Schuld sich selbst anzuschreiben.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

Minden. Diejenigen Kollegen, welche noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, mögen diese so schnell wie möglich begleichen. Die auswärtigen Kollegen werden ersucht, ihre Beiträge an unsern 1. Bevollmächtigten Paul Plagmeier, Minden, Ritterstr. 5, II., zu senden, damit die Abrechnung fertiggemacht werden kann. Bitte also, den Verpflichtungen nachzukommen, da am 1. Juli das neue Statut in Kraft tritt.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

Nieder-Salzbrunn. Sonntag, den 5. Juli, Nachmittags 3 Uhr, findet in Nieder-Salzbrunn im Gasthof zum Gaubrunn die Abrechnung vom 2. Quartal statt. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bald zu regeln, da vom nächsten Quartal an die neuen Marken zur Verwendung kommen.

J. N.: Der Vertrauensmann.

Seiffhennersdorf. Die nach hier steuernden Mitglieder werden ersucht, alle Beiträge bis 28. Juni zu begleichen, indem die neuen Marken in Anwendung kommen.

J. N.: Der Vertrauensmann.

Wernigerode. Die Abrechnung findet am Sonntag, den 12. Juli, statt. Etwaige Reste müssen bis dahin bestimmt begleichen sein, indem die neuen Beitragsmarken in Vertrieb kommen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

J. N.: Der Bevollmächtigte.

Schönheitsfehler

jeder Art werden äußerst reich und gründlich mit unschädlichen Mitteln ohne Vernachlässigung nach bewährter Methode billigst beseitigt.

Flechten, Reizen, Haarkrankheiten, Kopfschuppen, Kopfgriind, Gesichtsausschläge, Kratzen, Schuppen, Mitesser, Gesichtsflecken, Bartflechten, Sommerprossen und Pocken, Gesichtshaare, Sprödigkeit der Haut, Weingeschwür, Kropf- und Drüsenleiden werden durch briefliche Behandlung in kürzester Zeit radikal beseitigt. Zahlreiche Zeugnisse von Geheilten liegen vor. Briefporto nach der Schweiz 20 Pf.

Man wende sich an O. Mück, prakt. Arzt in Glarus (Schweiz) Nr. 134.

Roh-Tabak

alle Sorten in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Sumatra, Umblatt, à 110 und 115 s Sumatra, Dede, mittelf., à 185, 250, 270 s Vorsteland, Dede ff., à 160 s Brasil St. Felix, à 95, 105, 120 s Java, à 85, 90 s, Umblatt à 100, 115 s Carmen u. Domingo, Umblatt à 85 s empfiehl als besonders preiswert

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy Rohtabakhandlung und Versandhaus Berlin N., Brunnenstrasse 183.

Wichtig! Eine kleine gutgeh. Zigarrenfabrik in Schlefien, m. Hausgrundstück, ist sofort billig zu verkaufen. Zur Uebernahme genügen ca. 1000 bis 1200 Mk. Werde Offerten erbeten unt. M. 100 an die Exped. d. Bl.

Rohtabak!

Carl Roland, Berlin SO., Kottbuser Str. 3a (gegründet 1871) empfiehlt Sumatra, per Pfund 1.60, 2.30, 2.80 (hell), 3.30 A und höher. Alle anderen Tabake zu Amsterdamer u. Bremer Markt-Preisen. Sämtliche Tabake sind nur gesunde, wirklich brauchbare Ware.

Velterer, nüchtern, verheirateter Sortierer und Zigarrenmacher sucht dauernde Stellung. Besitze Zeugnisse, einen Betrieb zu leiten. Zuschrift an Adolf Gallwas, Ludau i. L., Nr. 115 erbeten.

Offerte!

Solider Zigarrenarbeiter, ber selbst macht, sucht sofort dauernde Beschäftigung. Offerten unter G. U. N. 27 an die Exped. d. Bl.

Rohtabak!

Filiale in Berlin: im Norden: Brunnenstr. 25 im Osten: Kottbuser Str. 9 im Südost: Kottbuserstr. 2. Filiale in Sachsen: Chemnitz, Brückenstr. 19. Filiale in Schlesien: Ratibor, Langenauer Str. II.

Emil Berstorff, Berlin C. 2.

Achtung!

Empfehle allen Leidenden meine sofort sicher wirkende Hämorrhoiden-Salbe.

Wolf und sonstiges Wundsein sofort heilend. Viele Anerkennungen. à Dose 1.50 Mk.

Karl Heye, Nordgoltern b. Hann. Felix de Beve!

Zu Deinem am 30. Juni stattfindenden Geburtstag gratul. Deine Kollegen und Kolleginnen von Kassel: J. W., R. B., P. S., C. W. und Agnes.

Rohtabak!

Empfehle als besonders preiswert: Sumatra-Deoker, Vollblatt per Pfd. 145 s Felix-Brasil-Einlage " " 95 s Seedleaf-Umblatt " " 100 s Havanna-Einlage " " 125 s Domingo, großes Blatt " " 95 s Losgut, ferngesund, rein amerikan., sehr viel Umblatt per Pfd. 80 s Sämtliche Tabake sind hervorragend in Brand und Qualität. Preise verzollt.

Versand nur geg. Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrags.

Daniel Eickhoff

Bremen IV.

Suche einen tüchtigen Wickelmacher, der pro Woche 5000 St. macht. Dauernde Stellung. Lohn 3-4 Mk pro Wille bei freier Zurichtung, gutes Umblatt.

Gefällige Offerten sind zu richten an J. Warnken, Zigarrenmacher, Raadeburg, Grüne Armstr. 3.

Otto Böttcher, Sortierer, aus Ebbeln i. S., wo stecktst du? Richard Böttcher, Seesen am Harz. Erwache die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich Genannter befindet, seine Adresse einzusenden. Porto w. vergütet.

Alle Roh-Tabake

in grösster Auswahl, billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität! Sämtliche Utensilien z. Cigarrenfabrikation. Sehr große Auswahl von Formen in jeder Façon zu Original-Fabrikpreisen.

Heinrich Franck Berlin N., Brunnenstr. 185. Man verlange illustriertes Preisverzeichnis.

Konkurrenzlose Cigarrenmesser Ww. Gaudina, Si serwa de.

Wilhelm Niehte aus Jüstene walde, um deine Adresse bittet wegen einer ganz wichtigen Frage

Hermann Schubert Grünberg i. Schl., Laufzigerstraße 89.

Die Herren Bevollmächtigten werden gebeten, denselben darauf aufmerksam zu machen.

Unsern Freund und Kollegen Wilh. Joedete zu seinem am 28. d. M. stattgefundenen 26. Wiegensfest ein 999999mal bonnerndes Hoch.

Dieses wünschen ihm die Kollegen der Wiedelmannschen Fabrik in Langendreer.

Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft

E. G. m. b. H. zu Nordhausen.

Bilanz 1902.

		Mk.	Mk.			Mk.	Mk.
31. Dezbr.	An Kassa-Konto		671.73	31. Dezbr.	Per Genossenschaftskapital-Konto	15800.—	
	Debitoren-Konto		49944.67		ab fehlende Einzahlung	275.—	
	Bau- und Baumaterial-Konto	4529.10			zugänglich Anteilzinsen 1901	111.10	15636.10
	Zugang	152.08			Kreditoren-Konto		30264.39
		4681.18	4213.—		Darlehens-Konto	19750.—	
	10% Abschreibung	468.18			Zinsen	228.80	19978.80
	Fabrik-Utensilien-Konto	1413.90			Akzept-Konto		30090.64
	Zugang	517.90			Reservefonds-Konto		32.68
		1931.80	1738.60		Gewinn- und Verlust-Konto (Reingewinn für 12 Monate)		821.35
	10% Abschreibung	193.20			Verteilung:		
	Kontor-Utensilien-Konto	200.—			5% auf Reservefonds	41.10	
	Zugang	56.70			4% Zuschreibung auf Anteile	621.—	
		256.70	231.—		Vortrag auf neue Rechnung	159.25	
	10% Abschreibung	25.70				821.35	
	Maschinen- und Werkzeug-Konto	1359.60					
	10% Abschreibung	186.—	1223.60				
	Handlungs-Utensilien-Konto		1666.05				
	Waren-Konto, laut Inventurbestand		37135.31				
			96823.96				96823.96

Gewinn- und Verlust-Konto.

		Mk.	Mk.			Mk.	Mk.
31. Dezbr.	An Lohn-Konto		30953.53	31. Dezbr.	Per Gewinn- und Verlust-Konto		47971.57
	Salair-Konto		4300.75				
	Reisepfenn-Konto		974.61				
	Kranken- und Invalidenkassen-Konto	380.32	559.38				
		179.06					
	Handlungs-Utensilien-Konto		1911.64				
	Zinsen-Konto		1156.98				
	Stonto- und Defort-Konto		1639.96				
	Abschreibungen:						
	Bau und Baumaterial	468.18	823.08				
	Fabrik-Utensilien	193.20					
	Kontor-Utensilien	25.70					
	Maschinen und Werkzeug	186.—					
	Fracht- und Paketporto-Konto		4830.29				
	Saldo: Reingewinn		821.35				
			47971.57				47971.57

Mitgliederstand.

Bestand am 1. Januar 1902 . . . 84 Mitglieder
 Beigetreten im Laufe des Jahres . . . 12
 Mit hin Bestand am Jahreschluss . . . 96 Mitglieder
 Mit dem 1. Januar 1903 scheiden 17 Mitglieder
 freiwillig aus.

Haftsumme.

Die Zahl der von den Genossen erworbenen Geschäftsanteile beträgt 316; mithin mehr gegen das
 Vorjahr 88. — Die Haftsumme, wofür die Genossen nach § 59 des Statuts haften, betrug am
 1. Januar 1902 11650 Mk. Mit dem weiteren Erwerb von 88 Geschäftsanteilen erhöht sich dieselbe
 um 4150 Mk., so daß dieselbe am Schluss des Jahres 15800 Mk. beträgt.

Der Vorstand:

C. Osswald. Emil Prophet. Aug. Kämpfner.

Für den Aufsichtsrat:

Aug. Küster, Vorsitzender.

J. H. Koopmann Bremen

empfiehlt als äußerst preiswert:
 für 120 g einen hochfeinen Sumatra
 Decker, 3. Länge, Vollblatt, hellbraune
 Farben, schneeweißer Brand, große Deck-
 fracht; ferner feine Sumatra Decken in
 allen Farben und Längen von 150 bis
 350 g; Sumatra Umblatt 100, 110,
 120 g; Vorneo Decker und Umblatt
 100 und 110 g; Savanna Decker, feine
 Mittelfarben, zartes, volles Blatt und
 tadellos im Brand 450 g; Regito Decker
 200, 220 g; Cuba, feines Blatt, 150 g;
 Java Decker 130, 140 g; Vorstenland
 Decker, braun 140 g, hellgrau 180 g;
 Vorstenland Umblatt und Einlage,
 hervorragend schöne Qualität u. Brand,
 85 u. 90 g, feinstes Umblatt 105, 110 g;
 St. Felix-Brasil Decker 160, 180, 200 g;
 St. Felix Umblatt (Dannemann u. Co.)
 120 g; St. Felix Umblatt und Einlage
 85, 90, 95, 100, 105, 110 g; Carmen
 Umblatt, trocken und breitblättrig, feinste
 Qualität, 105, 85, 80, 75 g; Domingo
 Umblatt 80, 85, 90, 100 g; Losgut,
 rein überseeisch, meist Umblatt, 75 g.
 Preise verzollt. Preise verzollt.

Versand unter Nachnahme.

E. Brinkmeier Bremen.

Sumatra
 Deli: Hochfeine, zarte 1. Vollblatt-
 länge, ganz hell, ideal in Brand
 und Geschmack . . . Pfd. 365 g
 Deli: Edle, zarte 2. Vollblatt-
 länge, hell . . . Pfd. 250 g
 Deli: Edle 2. breite Vollblatt-
 länge, hellbraun . . . Pfd. 230 g
 Deli: Feine 1. breite Vollblatt-
 länge, mittelbraun . . . Pfd. 200 g
 Deli: Feine 2. Vollblattlänge,
 mittelbraun . . . Pfd. 175 g
 Deli: Schöne 2. Vollblattlänge,
 mittelbraun . . . Pfd. 150 g

Vorstenlanden
 1. Länge, Vollblatt, Ia. Decker Pfd. 140 g

Java
 Ia. Bezoeki-Einlage mit Umbl. Pfd. 85 g
 Ia. reines Umblatt . . . Pfd. 110 g

Felix-Brasil
 Große, gedockte, sehr blattige Ein-
 lage . . . Pfd. 90 g
 Hochfeiner Decker, prima Brand
 und Geschmack . . . Pfd. 200 g
 Feiner Cruz d'Almas, Umblatt und
 Einlage . . . Pfd. 115 g

Seedleaf, enorm preiswert
 Hochfeines Umblatt . . . Pfd. 100 g
 Umblatt und Einlage . . . Pfd. 85 g

Domingo
 Hochf. Mokka-Gewächs, FF Pfd. 100 g

Carmen, spottbillig
 Hochfeines Umblatt Pfd. 90 und 100 g
 Umblatt mit Einlage . . . Pfd. 80 g

Mexiko
 Hochfeiner dunkler Decker . Pfd. 250 g

Losgut, besonders preiswert
 Aufarbeiter, enorm blattig, rein
 amerikanisch, fergesund . Pfd. 75 g
 Preise verstehen sich verzollt.
 Postkollie gegen Nachnahme.

Jeder Versuch führt zur dauernden
 Verbindung, wie der stetig wachsende
 Kundentrieb beweist. Umtausch anstands-
 los, daher kein Risiko.

E. Brinkmeier, Bremen.

Gemischtes Loosgut
 rein überseeisch, blattig, trocken und ge-
 sund, zu 27 Pfg. pro Pfd., in Ballen
 von ca. 280 Pfd.
 Probeballen oder Proben zu Diensten.
 Briefe unter J. 355 an Wilhelm
 Scheller, Annoncen-Exp., Bremen.

Junger Zigarrenmacher, auch im
 Freizeitausschuss arbeiten kann, gesucht.
Carl Vogelsang, Belberl.

Codes-Anzeigen.

Albert Hinkel verstarb plötzlich in
 Schwibus.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
**Die Mitglieder
 der Zahlstelle Siegnitz.**

Am Gehirnschlag verstarb plötzlich
 unser langjähriges Mitglied **Peter
 Schmitt** nach vollendetem 63. Lebens-
 jahre. Er war stets ein opferbereiter
 Mitkämpfer.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
**Die Mitglieder
 der Zahlstelle Bremen.**

Briefkasten.

Bereits-Inserate müssen gekennz. sein. —
 Andre Inserate sind vorher zu bezahlen.
 Bei Einzahlung der Beträge ist stets die Nummer
 des Blattes mit anzugeben.

R. E., Ditzow 60 g. — J. M.,
 Magdeburg 70 g. — H. S., Grün-
 berg i. Schl., 80 g. — R. B., Seelen-
 berg 60 g. — C. A., Langendreer 70 g. —
 J. W. v. c., Raffel 50 g.

Achtung — Rohtabak.

Bei vorkommendem Bedarf an **Rohtabak** eruchen wir htermit
 die geehrten Fabrikanten, uns zur Konkurrenz heranzuziehen, und sind
 wir stets bereit, in jeder gewünschten Farbe, Qualität und Preis-
 lage als Muster ohne Wert größere Handmuller abzugeben.
 In der festen Ueberzeugung, daß wir in jeder Weise konkurrenz-
 fähig sind, eruchen nochmals, uns gütigst berücksichtigen zu wollen.

Hengfoss & Maak
 Altona-Ottensen.

Roh-Tabak.

Sumatra à 145, 150, 170, 230, 250, 260, 270 bis 370 g. Java Um-
 blatt, Vorstenlanden, von 95 bis 130 g. St. Felix Brasil von 95 bis
 150 g. Domingo 105 u. 110 g. Seedleaf à 100 g. Carmen 105 bis
 115 g. Losgut 85 g. Mexiko Decke à 300 g. Savanna, Märker,
 Brasil-Cruz und Elässer Rebut in guten Qualitäten empfiehlt und versendet
 unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft, jedoch nur ballenweise.
Agentur und Kommission Herm. Herholz
 Berlin, Brunnenstrasse 188.

Empfehle **äußerst preiswert** alle Sorten

Roh-Tabake

zur Zigarrenfabrikation, als: Sumatra, Java, Vorsten-
 landen, Havanna, Java-Cuba, Domingo, St. Felix-
 Brasil, Carmen, Seedleaf und Losgut etc.

Versand in Bahnkollie jeglicher Größe wie in Postpaketen nur
 unter Nachnahme! Preisnota gratis und franko.

C. Bathmann, Bremen.
 Lager Freibzirk und verzolltes Lager: Hinterr Schütting 12.

Max Otto, Roh-Tabak.

Hauptgeschäft: Berlin NO., Neue Königstrasse 6
 Filiale f. Detailverkauf u. Postversand: Berlin N., Brunnenstr. 38
 empfiehlt

Sumatra in allen Sortierungen und Farben zu 115, 120, 160, 200, 225, 250,
 275, 300, 350, 400, 450, 550 Pfg.
 Java zu 85, 90, 95, 100, 105, 115, 120, 125, 130, 135 bis zu 250 Pfg.
 Brasil zu 100, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145 bis zu 275 Pfg.
 Domingo von 90 bis 115 Pfg. Carmen von 80 bis 125 Pfg.
 Havanna, Mexiko, Märker, Pfälzer, Rebut.

Versand gegen Nachnahme. Krediterteilung nach Uebereinkunft.
 Bei Bestellungen von auswärts erbitte ich, um beste Bedienung zu ermöglichen
 genaue Angabe der Wünsche über Farben und Blattgröße.
Formen, gebraucht, sehr gut erhalten, sehr preiswert.

En gros. Billige Rohtabake! En detail.

Gegen Nachn. verz.: Sumatra Deckblatt 130-425 g, Brasil 188-280 g,
 Java 90-380 g, Domingo, Seedleaf, Carmen 84-125 g, Los-Gut, rein amerif., kern-
 gesund (Aufarbeiter!) 80 g. Rohtabakhandlung, Bremen, Neustadtshof 15.

Gelegenheit zu vorteilhaftem Einkauf.

Preise per Pfand verzollt.

Sumatra, zartes, zugiges Vollblatt,
 Deli-Gewächs, äußerst deckfähig, hell-
 braun, 2. Länge, phänomenal schöner
 Brand . . . Mk. 1.60—4.00

Mexiko, hochedler Decker, sehr deck-
 fähig, Brand tadellos
 Mk. 1.40, 1.60, 1.80

Java, Ia. Bezoeki-Umblatt, leichte
 Qualität . . . Mk. 1.05

Umblatt u. Einlage . . . 0.95

St. Felix, kern. gesunde Einl. . . 0.80

saure, blattige, ge-
 streckte Einlage . . . 0.95

lose Blätter, echter
 Cruz, grossblatt, u.
 leicht aromatisch . . . 1.00

Carmen, Umblatt, feinste Ge-
 wächse . . . 0.90

Umblatt mit etw.
 Einlage . . . Mk. 0.80—0.85

Yara, Capas, feinst. Havanna-
 Ersatz, Aufarbeiter mit
 Decker . . . Mk. 1.35

Losblatt, rein Carmen, sehr
 blattig . . . 0.70

gemischter, über-
 seeischer Tabak . . . 0.74

gemischter, über-
 seeischer Original-
 Tabak mit Felix . . . 0.78

Seedleaf, feinst. Connecticut
 Umbl. u. Einlage . . . 0.80

feinst. Connecticut
 Umblatt . . . 0.90

Sämtliche Tabake sind hervorragend in
 Brand und Qualität. Geschäftsprinzip
 ist: durch reellste und billigste Be-
 dienung mir die Zufriedenheit meiner
 verehrlichen Abnehmer zu sichern.
 Versand gegen Nachnahme.

J. D. Grünemann jr.
 Bremen.

C. Strohmann, Bremen

Rohtabak en gros u. en detail.

Sumatra Decker Deli, Mittel- und helle
 Farben à Pfd. 150, 160, 180, 200, 250,
 300 g. Sumatra Umblatt 110, 120 g.
 Java Decker 130, 150 g. Java Umblatt
 90, 100 g. St. Felix Brasil Decker Pfd. 180,
 200 g. Brasil Umblatt u. Einlage 100,
 120 g. Domingo Umblatt ff. 90, 100,
 110 g. Carmen Umblatt, schönes Blatt,
 80, 85 g. Losblatt, gesund, vollblättrig,
 70—80 g. Nur rein amerikanische Tabake,
 garantiert weiß brennend, verzollt unter
 Nachnahme.

Junger Mann

der im Lager tätig ist, sucht ander-
 weitig Stellung, ev. zur weiteren Aus-
 bildung. Gest. Offerten unter J. J. an
 die Exped. des Tabak-Abt.

Jeder!

fordere sich **sofort** unsere **neue
 Preisliste 22**, muß unbedingt
Jeder lesen. Enthält **sämtliche
 Artikel** mit ca. 1000 Abbildungen für die
Zufendung erfolgt kostenlos sofort!
**Größtes Cigarren-Vertriebslager
 Deutschlands.**

Jedes Façon stets am Lager.
 Preis der Formen: Originalfabrikpreis!

Größtes Rohtabak-Lager!
 Deutsche sowie amerikanische Tabake!
Unstreitig erstes u. größtes Fabrik-
 und Handelsgeschäft der Rohtabak- und
 Utensilien-Branche. Jeder vergleiche
**unsere Preise mit anderen
 Preisen! Unstreitig ohne Konkurrenz!**
Besonders zu empfehlen:
Sumatra Umblatt, leicht, gut brennend,
 per Pfund verzollt 1.05 Mk.
Sumatra Umblatt, viel Decken
 enthaltend, per Pfund verz. 1.30 Mk.
Sumatra Stuchblatt, leicht bedend,
 schneeweißer Brand, mittel und helle
 feine Farben, per Pfd. verz. 2.25 Mk.
Sumatra, 2. Länge, Vollblatt, hoch-
 feine helle Farben, schneeweißer Brand,
 per Pfund verzollt 3.10 Mk.
Gute Kermärker Einlage à 70 Pfg.
 per 1/2 Kilo.
 Außerdem ca. 60 verschiedene Muster
Sumatras.
 Kreditgewährung nach Uebereinkunft.
 Jeder fordere sofort **Preisliste 22** ein.

L. Cohn & Co., Berlin N.
 Brunnenstrasse 24.
 Fernsprecher: Amt 3, Nr. 513
 Telegramm-Adresse: Formenoohn Berlin.

W. Hermann Müller
 Berlin O. Alexanderstr. 22.

**Billigster Einkauf
 Credit nach Uebereinkunft.**

Arbeitslosenstatistik in gewerkschaftlichen Zentralverbänden.

Das Reichs-Statistische Amt richtete im Februar d. J. an die Vorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, das Ersuchen, dem Amte regelmäßig Berichte über den Stand der Mitglieder und die Zahl der Arbeitslosenunterstützung beziehenden Mitglieder zu liefern. Diese Angaben sollten in dem Reichs-Arbeitsblatt zur Veröffentlichung kommen und eine Ergänzung der Statistiken über die Arbeitsvermittlung und der Zahl der Versicherten in den Zwangskassen bilden. Diese Statistiken sollen ein Bild der Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt geben und werden deshalb geeignet sein, einen Rückschluß auf den jeweiligen Stand der Konjunktur zu ermöglichen.

Die befragten Vorstände (22) erklärten zunächst ihre Bereitwilligkeit, die entsprechenden Materialien zu liefern und sand daraufhin am 12. März d. J. im Statistischen Amt unter Vorstich des Präsidenten desselben eine Sitzung der Vorsitzenden der Arbeitslosenunterstützung zahlenden Verbände statt, welche ihren Sitz in Berlin haben.

In dieser Sitzung wurde darüber beraten, in welcher Weise zweckentsprechend und ohne den Verwaltungsbeamten der Organisationen zu viel Arbeit zu machen, die Einrichtungen für eine solche Statistik getroffen werden können.

Die ursprüngliche Absicht des Statistischen Amtes, monatliche Berichterstattung durchzuführen, wurde fallen gelassen, nachdem festgestellt war, daß dazu eine Verringerung der Einrichtungen in einzelnen Verbänden erforderlich ist und den Organisationen erhebliche Ausgaben für Porto z. erwachsen würden. Es wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß Vierteljahrsberichte geliefert werden sollten, die einmal die Gesamtzahl der Mitglieder, welche im Laufe des Vierteljahrs arbeitslos waren, respektive Arbeitslosenunterstützung erhalten haben, dann aber auch die Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Quartals enthalten sollen.

Da erfahrungsgemäß die Vierteljahrsabrechnungen aus den Zweigvereinen frühestens 14 Tage, oft aber auch erst 4-6 Wochen nach Schluß des Quartals bei der Verbandszentralstelle einlaufen, so wäre es nicht praktisch, die erforderlichen Materialien für die Statistik diesen Abrechnungen zu entnehmen. Auf eine frühere Einlieferung der Abrechnungen, so wünschenswert sie wäre, ist wenig zu rechnen. Da wird erst versucht, rückständige Beiträge beizutreiben, die Verrechnungen werden gemacht, die Revisoren prüfen die Abrechnungen zc., kurz es vergeht bis zum endgültigen Abschluß und der vollständigen Zusammenstellung der Abrechnungen ein Zeitraum, der die auf diese Weise gewonnenen Zahlen für diese Statistik fast wertlos machen würde.

Es blieb deshalb nichts anderes übrig, als eine besondere Berichterstattung für diese Statistik einzuführen. Die Zweigvereine der genannten Verbände erhalten Berichtserstattungsarten, die sofort nach Quartalschluß an den Zentralvorstand einzusenden sind. Der Vorstand stellt die Angaben in einer besonderen Uebersichtstabelle zusammen und berichtet dann auf einem Formular an das Statistische Amt.

Die sämtlichen hierfür erforderlichen Druckfachen werden den Gewerkschaften von dem Statistischen Amt geliefert. Ausgearbeitet sind sie jedoch nach Verständigung mit den Vorständen, welche an der Sitzung am 12. März teilnahmen, seitens der Generalkommission. Sie dürften also dem entsprechen, was in den Gewerkschaften bei derartigen Erhebungen üblich ist.

Die Berichtskarte, welche von den Zweigvereinen an den Vorstand am Schluß eines jeden Quartals zu senden ist, sieht folgendermaßen aus:

Spätestens bis zum 4. Tage nach Schluß des Quartals abzusenden.

Verwaltungsstelle.....

Bericht für daste Quartal 190.....

Mitgliederzahl am Schluß des Quartals			Arbeitslose Mitglieder am Orte insgesamt im Quartal (unterstützte und nicht unterstützte)			Arbeitslose Mitglieder am letzten Tage des Quartals am Orte (unterstützte und nicht unterstützte)			Am letzten Tage des Quartals haben sich als auf der Reise befindlich am Orte gemeldet		
männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen

Von den Arbeitslosen bezogenen Verbandsunterstützung (im Quartal insgesamt):			
am Orte	(Zahl)	für Tage	Markt
davon	{ männlich
waren	{ weiblich

Von den Arbeitslosen bezogenen Verbandsunterstützung (im Quartal insgesamt):			
auf der Reise	(Zahl)	für Tage	Markt
davon	{ männlich
waren	{ weiblich

Bemerkungen: Datum..... 190.....

Die Vorderseite der Karte enthält die Adresse des jeweiligen Vorstands aufgedruckt, so daß nur Zahlen in die betreffenden Rubriken einzutragen sind und weitere Schreibarbeiten den Verwaltungsbeamten nicht erwachsen.

Bezüglich der zu machenden Angaben sei zunächst bemerkt, daß Streikende nicht als Arbeitslose im Sinne dieser Statistik gelten, daß vielmehr als Arbeitslose nur die gelten, die wegen Mangels an Arbeitsgelegenheit keine Beschäftigung finden können. Es sollen aber alle arbeitslosen Mitglieder, also auch solche mitgezählt werden, die nichtbezugsberechtigt für Arbeitslosenunterstützung sind. Da diese letzteren nicht in allen Organisationen bei der Verwaltung sich melden, so werden nur diejenigen bei der Statistik mitgezählt werden können, für die die Arbeitslosigkeit mit Sicherheit festzustellen ist. Von Schätzungen muß abgesehen werden, damit die Zuverlässigkeit der Statistik nicht in Zweifel gezogen werden kann. Die Zahl der Arbeitslosen ist im übrigen nach der Liste, die voraussicht-

lich in allen Zweigvereinen geführt wird, anzugeben. Es wird hierbei vorkommen, daß ein und dasselbe Mitglied im Laufe des Quartals mehrmals als arbeitslos in der Liste verzeichnet steht. Dieses ist nicht als Person und als einmal arbeitslos zu zählen, sondern hier sind die Fälle der Arbeitslosigkeit zu rechnen, weil diese Statistik einen Ausweis über den Umfang der Beschäftigungslosigkeit geben soll. Da die Arbeitslosigkeit wegen Mangels an Beschäftigung eingetreten, so konnten ebensogut an Stelle des mehrmals arbeitslos gewordenen Mitglieds andre Mitglieder aus denselben Betrieben treten. Es ist also völlig berechtigt, nicht die Personen der Arbeitslosen, sondern die Fälle der eingetretenen Arbeitslosigkeit zu zählen, kurz einfach die Ziffer anzugeben, welche sich bei Summierung der Liste ergibt.

Die Zahl der am letzten Tage des Quartals Arbeitslosen wird sich leicht und ohne längere Zeit in Anspruch zu nehmen, feststellen lassen, ebenso die Zahl derjenigen Mitglieder, die sich als auf der Reise befindlich, in den Zweigvereinen gemeldet haben. Hier ist aber besonders darauf zu achten, daß nur die angegeben werden, welche am letzten Tage des Quartals sich meldeten, weil sonst eine Doppelzählung stattfinden würde, da die gleichen Reisenden auch in andern Zweigvereinen gezählt werden könnten.

In der Angabe der gezahlten Unterstützung soll nicht nur der Betrag enthalten sein, welcher statutengemäß auf Rechnung der Zentralkasse gezahlt wird, sondern es sollen auch die Beträge eingerechnet werden, die aus lokalen Fonds als Zuschüsse zu der Verbandsunterstützung gewährt werden, so daß hier der volle Betrag der Ausgabe für Unterstützung zur Geltung kommt. Es wird sich dies vielleicht nicht in allen Zweigvereinen ausführen lassen. Ist die Angabe des vollen Unterstützungsbetrags infolge erheblicher Schwierigkeiten nicht möglich, so muß, wenn noch Unterstützungen aus lokalen Fonds gewährt worden sind, auf der Karte bemerkt werden: „Außerdem Zuschüsse aus

lokalen Fonds“. Es läßt sich dann vielleicht am Jahreschluß die Gesamtsumme dieser Unterstützungen angeben und als Ergänzung der amtlicherseits veröffentlichten Statistik beifügen. Wenn irgend möglich, müssen diese Beträge aber fortlaufend nach den Karten angegeben werden.

In den größeren Zweigvereinen, in denen die Mitgliederzahl nicht nach der Mitgliederliste angegeben, sondern nach der Summe der bezahlten Beiträge berechnet wird, erwachsen anscheinend Schwierigkeiten, wenn die Mitgliederzahl sofort am Schluß des Quartals angegeben werden soll, weil die Restbeiträge vielfach erst nach Schluß des Quartals einkassiert werden. Doch läßt sich auch hier bei gutem Willen eine annähernd zuverlässige Feststellung der Mitgliederzahl machen.

Es muß entweder die Mitgliederzahl nach der Beitragssumme berechnet werden, welche am letzten Tage des Quartals eingezahlt war, oder es sind die Beiträge zuzurechnen, welche erfahrungsgemäß bei der letzten Kassierung eingehen. Das letztere dürfte das bessere sein, weil sonst die Mitgliederzahl dauernd zu niedrig angegeben würde. In beiden Fällen wird die für die Statistik angegebene Mitgliederzahl nicht mit der übereinstimmen, die dann bei dem endgültigen Rechnungsabluß vorhanden ist. Doch hat dies für die Sache selbst wenig Bedeutung, da die Schwankungen im Mitgliederbestand auch bei dieser Berechnung in die Erscheinung treten. Aus der Praxis wird sich dann ergeben, ob nach endgültiger Feststellung des Mitgliederbestands noch eine Ergänzung in der amtlichen Statistik erforderlich ist. Solche Ergänzungen resp. korrigierte Angaben sind im allgemeinen da üblich, wo die Berichterstattung kurz nach Schluß der Berichtsperiode und an einem bestimmten Datum erfolgen soll.

Die Zentralvorstände tragen sodann die Zahlen aus den Berichtskarten in eine „Uebersichtstabelle“ ein und berichten das Gesamtergebnis an das Statistische Amt auf dem folgenden Formular:

Kaiserliches Statistisches Amt.
Abteilung für Arbeiterstatistik.
(Stempel.)

**Einzusenden an das Kaiserliche Statistische Amt zu Berlin W. 10,
Süßow-Platz 8, bis zum 8. jeden Monats.**

Verband

Ort:

Nachweisung für daste Quartal 190.....

Mitgliederzahl am Schluß des Quartals			Arbeitslose Mitglieder am Orte insgesamt im Quartal (unterstützte und nicht unterstützte)			Arbeitslose Mitglieder am letzten Tage des Quartals am Orte (unterstützte und nicht unterstützte)			Am letzten Tage des Quartals haben sich als auf der Reise befindlich am Orte gemeldet		
männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen

Von den Arbeitslosen bezogenen Verbandsunterstützung (im Quartal insgesamt):

am Orte	(Zahl)	für Tage	Markt	auf der Reise	(Zahl)	für Tage	Markt
davon	{ männlich	davon	{ männlich
waren	{ weiblich	waren	{ weiblich

Bemerkungen:

Datum..... 190.....

Unterschrift

Die Ergebnisse dieser Statistik sollen in dem Reichs-Arbeitsblatt veröffentlicht werden, das in dem Monat nach Quartalschluß erscheint. Das Blatt gelangt am 2. jeden Monats zur Ausgabe. Wenn man berücksichtigt, daß im Statistischen Amt die Zusammenstellungen zu machen sind, daß die Tabellen gesetzt und korrigiert werden müssen und für die Drucklegung des umfangreichen Blattes auch einige Tage gerechnet werden müssen, so ergibt sich, daß der auf der Karte angegebene Termin für die Einsendung unbedingt eingehalten werden muß. Wir verkennen keineswegs, daß besonders den größeren Zweigvereinen eine nicht

Die erste Statistik soll für das zweite Quartal dieses Jahres aufgenommen werden; die Karten sind also bis spätestens 4. Juli an die Vorstände abzusenden.

Die beteiligten Verbandsvorstände werden, soweit dies erforderlich, auch in Bezug auf die Einrechnung der aus lokalen Fonds gewährten Unterstützung noch besondere Anweisungen an die Zweigvereine erlassen.

Berlin, 3. Juni 1903.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,
C. Legien.

Vom Dämon Alkohol.

Der ungeheure Schaden, welcher durch den Alkoholgenuß der Volksgesundheit zugefügt wird, ist bisher in Arbeiterkreisen noch nicht genügend gewürdigt worden. Man überließ die Bekämpfung des Alkohols den bürgerlichen Enthaltens- und Mäßigkeitsvereinen. Die Arbeiter hatten derartigen Bestrebungen gegenüber ein gewisses Mißtrauen; sie sagten sich, diese Leute wollen uns nur unser gemütliches Glas Bier verfeinern; gönnten uns nicht das höchsten Vergnügens, mit unsern Kollegen zusammen mal einige frohe Stunden zu verleben, wo doch so'n Glas Bier erst die richtige Stimmung erzeugt; man will uns nur in unser Lebenshaltung herabdrücken, indem man uns sagt: Ihr könnt so und soviel sparen, oder: Ihr braucht so und soviel Geld weniger, wenn Ihr kein Bier oder Schnaps mehr trinkt. Sinterher würden dann wohl unsere Herren Arbeitgeber bald mit Lohnherabsetzungen kommen, sich darauf berufend, daß man ja nicht mehr soviel zum Lebensunterhalt brauche, nachdem man kein Bier und Schnaps mehr trinke.

Dieses Mißtrauen hatte eine gewisse Berechtigung, wenn man sich die Herrschaften ansieht, die sich vornehmlich mit der Bekämpfung des Alkoholgenußes beschäftigt haben. Es ist wohl so mancher darunter, auf den man keines Wort anwenden könnte: — „ich kenne die Weise, kenne den Text, kenne auch die Verfasser, sie trinken heimlich den goldenen Wein und predigen öffentlich Wasser.“

Erst seit einigen Jahren hat sich innerhalb der organisierten Arbeiterschaft die Erkenntnis von der ungeheuren Schädlichkeit des Alkohols Bahn gebrochen. In vielen Städten haben sich abstinente Arbeitervereine gebildet. In einigen Städten haben diese Vereine sogar schon eigene Lokale eröffnet, in denen nur alkoholfreie Getränke verabreicht werden. Auch in den Gewerkschaften und in der Partei macht sich diese Bewegung bemerkbar. Wir wollen uns hier nicht dafür ins Zeug legen, daß Partei und Gewerkschaften die Alkoholkämpfung in ihr Programm aufnehmen sollen, aber ganz außer acht darf man dies doch

unbedeutende Arbeit erwächst, doch ist es notwendig, diese zu übernehmen, weil die Gewerkschaften das größte Interesse daran haben, eine brauchbare Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern und über die Belastung der Gewerkschaften durch die Unterstützung zu erhalten.

Wir glauben deshalb die Hoffnung aussprechen zu können, daß die Verwaltungsbeamten der Gewerkschaften bemüht sein werden, den Beweis zu erbringen, daß unsere Organisationen eine brauchbare Statistik zu liefern vermögen.

Die Fragearten werden von den Zentralvorständen jedesmal mit den Quartalsabrechnungsschemata den Zweigvereinen zugesandt werden. Zu beachten ist, daß auch von den Zweigvereinen die Karte eingesandt werden muß, welche keine Arbeitslosen im Quartal hatten, weil sonst der Vorstand genötigt wäre, Anfrage zu halten, wodurch unnütze Arbeit und Kosten entstehen.

nicht lassen, man müßte viel mehr als bis dato in der Presse und in Versammlungen die Mitglieder und Genossen aufklären über die Schädlichkeit, welche der Alkoholgenuss für den einzelnen sowohl wie für die Gesamtheit hat. Es ist doch ohne weiteres klar, daß der Mensch, welcher nüchtern ist und seinen Geist nicht erst durch Genuss eines oder mehrerer Glas Bier oder Schnaps angeregt hat, ein viel klareres Denken hat und viel überlegter handelt als der, der sich erst „Mut“ getrunken hat. Denn solch ein ange-trunkener „Mut“ hält nicht mal so lange vor, wie das ge-nossene Getränk im Leibe, im Gegenteil, der Magenjammer stellt sich sehr bald ein.

Wie mancher Streik ist z. B. schon verloren gegangen, der in einem derartigen „mutigen“ Zustand angefangen wurde. Und nun gar im Streik selbst, ist es da nicht nötig, fortwährend klaren Sinnes zu sein? Muß man da nicht jeden günstigen Moment benutzen? Muß die Streik-leitung nicht alles aufbieten, daß die Arbeiter nicht auf die diversen Provokationen reagieren? — Da heißt es doch wirklich: nüchtern muß alles sein, ruhigen Sinn und kaltes Blut bewahren. Und das kann nur der, der sich aller auf-regenden Getränke enthält.

Wie weit indes die Abstinenzbewegung unter den Ar-beitern fortgeschritten ist und welche moralische Macht sie bereits darstellt, das konnte man so recht auf dem in Bremen stattgefundenen internationalen „Kongress zur Bekämpfung des Alkohols“ beobachten. Eine buntgemischte Gesellschaft aus aller Herren Länder war dort vertreten. Darunter die Guttempler, wohl die größte derartige internationale Ver-einigung, welche die Enthaltensamkeit als eine Art religiöse Übung betreiben und in allen größeren Städten Europas und Amerikas Logen, d. h. Vereinshäuser haben, wo sie ihre Versammlungen und festlichen Veranstaltungen ab-halten. Jeder, der in diesen Guttemplerorden eintritt, muß ein Gelübde ablegen, daß er dem Alkoholgenuss entsagt. Dann sind zu nennen die Vereine vom blauen Kreuz, christ-liche Vereine, die den Alkoholteufel durch Beten, Singen und Traktatverteilungen bekämpfen. Weiter waren ver-treten katholische und evangelische Abstinenz- und Mäßig-keitsvereine, Vereine abstinenten Pastoren, Studenten und Kaufleute. Letztere geben sogar eine eigene Zeitung heraus; bei den beiden ersteren lohnt es sich wohl nicht, vielleicht ist die Mitgliederzahl zu gering. Ferner waren auch noch die bekannten Vereine gegen den Mißbrauch geistiger Ge-tränke vertreten und endlich auch die Vereine abstinenten Arbeiter. Außerdem waren noch verschiedene Behörden, Ortskrankenkassen, Heilstättenbesitzer resp. Leiter, Gasthaus-reformer und sonstige Interessenten anwesend.

Daß bei einer derartig zusammengewürfelten Gesellschaft alle möglichen Anschauungen zu Tage treten und jeder sein besonderes Mittel zur Bekämpfung des Alkoholteufels empfiehlt, braucht hier wohl nicht weiter erörtert zu werden. Eine wahre Oase in der ewigen Wüste des Moralisierens war es daher, wenn dann ab und zu mal einer unserer Genossen zu Worte kam und die Herrschaften darauf hin-wies, daß der Alkoholismus lediglich eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist und erst mit dieser voll kommen verschwinden werde. Allerdings sei zugegeben, daß nicht jeder aus Not zum Säufer werde, das werde ja bewiesen durch die Trinker besserer Stände, aber bei der großen Mehrzahl sei es doch das Bedürfnis, sich über vorhandenes Elend hinwegzutäuschen, welches zum ersten Schnaps verleite. Ist dieser erste Schritt getan, dann folgen auch bald weitere. Man müsse vor allen Dingen danach trachten, dem Arbeiter höheren Lohn zu er-ringen, dann könne er sich besser nähren und brauche sich nicht den Hunger durch Schnaps wegzutäuschen; auch bessere Wohnungen müsse man dem Arbeiter bieten, um ihm die Häuslichkeit so zu gestalten, daß er die zweifelhafte Gemü-tlichkeit des Wirtschaftshauses meide. Besonders interessant waren die Ausführungen unseres Genossen F. U. Schmidt, Lehrer in Amsterdam und Vorsitzender des abstinenten Lehrerbereichs der Niederlande. Dieser führte als Beispiel die Diamantarbeiter Hollands an. Früher wegen ihrer Trunksucht die verrufenste Arbeitergruppe Hollands, haben sie es verstanden, sich durch gewerkschaftliche Organisation höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit zu erringen, stehen jetzt an der Spitze der Abstinenzbewegung und sind die Elite der holländischen Arbeiter.

Es soll nun nicht gesagt sein, daß das, was dort mög-lich war, überall möglich ist; wir wollen auch nicht der Bildung von abstinenten Arbeitervereinen das Wort reden, weil dadurch eine Kräftezersplitterung einreißt würde, die uns, wo der Klassenkampf immer heftiger wird, verhängnis-voll werden könnte. Andererseits wollen wir auch nicht die Gewerkschaften und Partei veranlassen, den Kampf gegen den Alkohol in ihr Programm aufzunehmen. Aber soviel müssen wir verlangen, daß man den Alkohol bekämpft überall da, wo sich nur irgendwie Gelegenheit bietet, und hier kann das Beispiel sehr viel nützen. Sehen die Massen der Arbeiter, daß ihre Führer dem Alkohol Valet gesagt haben, dann werden auch immer mehr und mehr nachzusehen; der Nachahmungstrieb ist nun mal beim Menschen vor-handen und hier muß er mal für eine gute Sache aus-genutzt werden. Es ist durchaus notwendig, überall da, wo sich Schäden am Gesellschaftskörper bemerkbar machen, diese zu bekämpfen. Wir dürfen, wie der alte Professor Forel aus Chigny (Schweiz) sagte, nicht zusehen, wie der Alkoholismus einen unserer Arbeitsbrüder nach dem andern in den Sumpf hinabzieht; wir dürfen nicht mit verschränk-ten Armen fatalistisch dastehen und warten, bis die wirt-schaftliche Entwicklung den Kapitalismus überwunden hat und damit alles Elend gewissermaßen von selbst verschwin-det. Nein, wir müssen kämpfen gegen eine Seuche, welche die Menschen unfähig zu machen droht, die hehren Ideale des Sozialismus zu verwirklichen. Und deshalb, um noch-mals mit Professor Forel zu reden:

Krieg dem Kapitalismus und dem Alkoholismus!

Gewerkschaftliches.

Bielefeld. Zur Beachtung! Die verheirateten Kollegen, welche gesonnen sind, bei der Firma Otopohl u. Horstföcker in Gevepe in Arbeit zu treten und Wohnung zu nehmen gebeten, werden gebeten, sich vorher beim 1. Bevollmächtigten, A. Engels, Bielefeld, Petrisstraße 10, über die Verhältnisse zu erkundigen.
Danzig. Tabakspinner, welche in Danzig in Arbeit treten wollen, werden im eigenen Interesse gebeten, sich um Auskunft

an den 1. Bev. zu wenden. Im Unterlassungsfall muß nach § 8 des Statuts verfahren werden.

J. A.: Der Bevollmächtigte.
Clausthal a. Harz. Die Kollegen, welche bei Kofe-Schweig-hoffer in Clausthal in Arbeit zu treten gedenken, wollen sich erst bei dem Unterzeichneten über die Arbeitsverhältnisse er-kundigen.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Zauer. Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten, da die Firma Lehms Maßregelungen vorgenommen hat.
J. A.: Der Bevollmächtigte.

Langenbielau. Zugang nach Langenbielau ist fernzuhalten. Bei der Firma Gebr. Kaskke ist Streik ausgebrochen. Betei-ligt sind 48 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Boblen. Die Kollegen, welche in Boblen bei der Firma Reim. Schwarzbach in Arbeit zu treten gedenken, wollen be-achten, daß der Minimallohn 8 Mark dort beträgt. Für bessere Sorten wurden 8.50—10 Mark pro Mille gezahlt.

Die Bauarbeiterausperrung in Hannover. Ueber den Umfang der am Sonnabend in stibolrer Weise von den Unter-nehmern inszenierten Aussperrung berichtet der Volkswille:

Von den Bauarbeitern sind 600 ausgesperrt, sechs Betriebe haben sich an der Aussperrung nicht beteiligt. Auch haben die Arbeitgeber diejenigen Bauarbeiter, die für die dringenden Arbeiten noch benötigt werden, in Arbeit behalten. Die Ver-sammlung der Bauarbeiter beschloß, daß auch diese die Arbeit einzustellen haben. Dagegen sind 100 ausgesperrt und 80 sollten weiterarbeiten, jedoch haben sich letztere mit den Aus-gesperrten solidarisch erklärt, so daß jetzt kein einziger Bau-arbeiter in Arbeit ist. Die Versammlung der ausgesperrten Maurer faßte folgende Beschlüsse: 1. Die Poliere, die erst in der letzten Woche von den Meistern zu solchen gemacht sind, um nicht ausgesperrt zu werden, sondern um bringende Arbeiten zu erledigen, sollen aufgefördert werden, sofort die Arbeit ein-zustellen, widrigenfalls sie als Arbeitswillige bezw. Streibreaker behandelt werden sollen. 2. In denjenigen Geschäften, wo keine Aussperrungen vorgenommen sind, soll die Arbeit fortgesetzt werden; dagegen sollen in den Geschäften, wo teilweise (Maurer) ausgesperrt ist und teilweise (Puger) nicht, letztere aufgefördert werden, gleichfalls die Arbeit sofort niederzuliegen.

Von den Maurern sind 678 ausgesperrt und 105 durch den Zimmererstreik in Mitteldenshaft gezogen. Der Zimmererstreik bleibt unverändert.

Wahlkuriosa.

An „gediegenen“ Wahltagen hat es niemals gefehlt; auf solche verstand man sich schon 1848, obgleich damals die Deutschen aufs Wählen noch nicht so eingepaukt waren wie heute.

1848 kandidierte in Ludwigsburg bei Stuttgart fürs Frankfurter Parlament der bekannte David Strauß, der Verfasser des „Lebens Jesu“. Ihm trat ein gewisser Hoff-mann aus dem bekannten Pietistenest Korntal entgegen, derselbe, der später die schwäbische Kolonie in Palästina gegründet hat. Hoffmann verbreitete unter den aber-gläubischen Bauern, daß die Welt — in erster Linie natürlich die schwäbische — untergehen werde, wenn der „Gottesleugner“ Strauß gewählt würde. Und richtig — Strauß fiel durch, und die Welt steht noch. Strauß' Durchfall war indessen nicht zu bedauern, denn er war politisch ein solcher Reaktionsär, daß er öffentlich die Er-schiebung von Robert Blum als gerechtfertigt erklärte.

Im Jahre 1884 verbreiteten die Braunschweiger Nationalliberalen ein Flugblatt, in dem der sozialdemo-kratische Zukunftsstaat geschildert war. Dort hieß es, die Bürger dieses Zukunftsstaats würden sämtlich gezwungen werden, blaue Brillen zu tragen.

Ein sehr ergötzlicher Wahlstwindel kam im Trierischen vor. Dort hieß ein Zentrumskandidat v. Forcade de Blatz. Die Nationalliberalen, die die geistige Qualifikation eines Teils der Zentrumsbauern kannten, verbreiteten Massen von Stimmgeldern, die den Namen trugen: Fromage de Brie. Trozdem vor diesen Stimmgeldern öffentlich getarnt war, wurden doch davon gegen tausend abgegeben. Sie lagen der Wahlprüfungscommission vor. Dort wurden übrigens noch viele heitere Sachen verhandelt.

1877 gab es in Hameln Stimmwahl zwischen dem Welfen v. Bothe und dem Konservativen Spangenberg. Auf jeden fielen 9019 Stimmen. Man half sich damit, daß man an einem der welfischen Zettel einen Fettsied ent-deckte und wegen dieses „äußeren Kennzeichens“ den Zettel für ungültig erklärte. Spangenberg wurde als gewählt proklamiert. Allein es lief ein Wahlprotest ein und die Wahl wurde kassiert, worauf in der Nachwahl der Welfe gewählt wurde.

Ein anderes Bravourstückchen lieferten die National-liberalen anlässlich der Freiburger Wahl von 1877. Der jetzige Hoftheater-Intendant Bürklin war mit einer Mehr-heit von etwa 7 oder 8 Stimmen als gewählt proklamiert worden. Das Zentrum reichte einen Wahlprotest ein, und in einem Orte des Wahlkreises wurde festgestellt, daß etwa 80 Wähler für das Zentrum gestimmt hatten, während nur einige Zentrumsstimmen aus der Urne gekommen waren. Im Reichstage griff man den Orts- und Wahl-vorsteher heftig an, worauf der nationalliberale Ober-staatsanwalt Stefer entgegnete: „Bedenken Sie, daß der Sohn dieses Mannes auf dem Felde der Ehre gefallen ist!“ Das würde heute kein Nationalliberaler mehr sagen. Die Wahl wurde übrigens kassiert.

In lustigen Episoden hat es nie gefehlt. Im Sonne-berger Wahlkreise hatte der allseitig unbeliebte Freisinnige Witte aus Klostod sein Mandat niedergelegt: Die Frei-sinnigen und Nationalliberalen setzten aber seine Nieder-wahl durch. Als Witte einst eine grimmige Wohlrede gegen die Sozialdemokratie gehalten hatte und stolz sich bläsend, von der Tribüne stieg, in dem Bewußtsein, die Sozialdemokratie vernichtet zu haben, da naheten sich ihm drei Männer mit freudestrahlendem Antlitz. Witte in seinem Siegesbewußtsein drückte ihnen leutselbig die Hand. Bei dem Dritten fühlte er etwas Feuchtes, und als er näher zutraf, hielt er einen faulen Fisch fest, den ihm jener in die Hand praktiziert hatte. Die drei waren im Gedränge verschwunden.

In derselben Wahlkampagne trat auch der satyam bekannte Dr. Hans Blum als Redner für Witte auf. In einer Versammlung war der Sohn des berühmten Vaters gerade eifrigst an der Arbeit, die Sozialdemokratie mit sämtlichen Revolutionären des Jahrhunderts zu vernichten. Da erhob sich mitten aus der Versammlung das lebens-große Bild von Robert Blum. Die Wirkung auf den Redner war ganz außerordentlich; es ereignete sich der

* Bekanntes französisches Räse.

unverhörte Fall, daß ein Redner aus dem Konzept kam, weil er das Bildnis seines eigenen Vaters erblickte.

Viel Heiterkeit erregen oft die kleinen Wahlplakate. Zu Frankfurt a. M. hatte einst am Wahltage Karl der Große, der „in Stein gewetzt“ auf der Sachsenhäuser Brücke steht, ein Fähnchen in der Hand, auf dem auf-geklebt war: „Wählt Sabor!“ Und in München schritt ein staatsrettender Gendarm am Wahltage drohend und finstern durch die Straßen und ärgerte sich, daß die Münchner so lustig waren und hinter ihm drein lachten, statt sich alle Mühe zu geben, die Wahl eines Umstürzlers zu verhindern. Wo er die kleinen Plakate mit der Auf-schrift: „Wählt Vollmar!“ sah, riß er sie gewissenhaft ab. Er konnte nur nicht begreifen, daß das Publikum auch dazu lachte. Waren denn die Münchner toll ge-worden? Der brave Staatsretter wußte eben nicht, daß auf seiner Patronentasche hinten auch die Aufschrift prangte: „Wählt Vollmar!“

Uebrigens wurde im bierfröhlichen München einer der besten Wahlwohe geliefert. Dort kandidierte gegen Vollmar der langjährige Abgeordnete von München II, der Pfarrer Westermayer; ein ganz origineller Kauz, der Geld vieler „Schnadahlpferln“, auch wegen seines selge-neten Durstes der „Prügel-Toni“ genannt. Am Wahltage war am Portal der Kirche, in der Westermayer predigte, ein Girtenbrief des Bischofs zu lesen, in dem unter schönster Wahrung der herkömmlichen Formen der Kirchengemeinde empfohlen wurde, dafür zu sorgen, daß Westermayer in München bleibe, da er in seiner Gemeinde notwendiger sei als im Reichstage. Die Aufregung unter den Gläubigen war groß und das Ereignis wurde nach allen Seiten telegraphiert — bis man endlich entdeckte, daß der Girten-brief eine geschickte Nachahmung war. Die Wit der Zentrumspreffe kann man sich denken und der Girtenbrief wurde dem Reichstag eingesandt, der ließ aber die Sache auf sich beruhen.

Einer der größten Kandidaten war der sogenannte Butterpfarrer Schelbert aus dem Allgäu, der im Reichs-tage, wenn er sprach, die ergößlichsten Gesichter schnitt. Er trieb einen sehr einträglichen Handel mit Butter, für die er einen Zoll „so hoch wie ein Turm“ verlangte. Bei der Wahl waren seine Gegner der Goldhändler Kräber von den Demokraten und der Bankdirektor Schauk von den Nationalliberalen. In einer Rede, die auch als Flug-blatt verbreitet wurde, sagte der biberbe Butterpfarrer: „Der Kräber soll in München bleiben und auf seinen Goldblöcken herumtragn; der Schauk soll auch in München bleiben und die Leute besch!“ Das zog!

Ueber Bismarck kursierten auch einige Wahlankündigen. Viel Heiterkeit erregte es, als die Zeitungen 1877 be-richteten, was Bismarck beim Wählen passiert sei. Als er im Wahllokal erschien, stieß er zuerst auf den sozial-demokratischen Posten mit den Betteln, und dieser, ein baumlanger Zimmermann, bot ganz ungeniert und pflicht-geheu dem „Säkularmenschen“ einen Kettel mit Namen Haseneleber an. Bismarck war an diesem Tage gut gelaunt; er sagte lachend: „So weit sind wir noch nicht!“ und nahm einen „staatsverhaltenden“ Zettel. Später war er „so weit“; denn bei der Stichwahl zwischen Sabor und Sonnemann in Frankfurt a. M. wurde aus Friedricheruh auf die Anfrage eines Nationalliberalen nach Frankfurt telegraphiert: „Fürst wünscht Sabor!“ Uebrigens griff Bismarck auch bei anderen Gelegenheiten persönlich in das Wahlgetriebe ein und gab bei einer Stichwahl in der Mark einst die Parole aus: „Wählt Rapp!“ Dieser Rapp war 1858, namentlich auf der Pfingstweide zu Frank-furt a. M., einer der grimmigsten Revolutionäre gewesen. Als es gefährlich wurde, floh er schon vor dem Kampf aus Frankfurt und ging nach Nordamerika, von wo er so nationalliberal „gebessert“ zurückkam, daß Bismarck zu seinen Gunsten eintriff.

Von der früheren Wahlpoesie der bürgerlichen Par-teien seien zwei kleine Proben gegeben. In Svidau notierte einst die Nationalliberalen dem dortigen Polizei-direktor Urban ihren Dank für seinen Eifer in der Be-kämpfung der Sozialdemokratie in einem Gedicht, dessen Schlusstrophe lautete:

Ich, wenn wir Dich nicht hätten,
Dich, unsern Schutz und Trost,
Sankt Urban, Du mußt retten
Vor Bebel und vor Most!

Und die Hamburger Nationalliberalen sangen 1874 bei der Feier ihres Wahlsieges ein Lied nach der Weise des Uhländischen: „Ich bin vom Berg der Girtenknab“. Die erste Strophe lautete:

Ich bin ein echter Kommunist,
Betracht die ganze Welt als Mist:
Die Menschen haß' ich alle, ha!
Vom Kaiser bis zum Bourgeois!
Es lebe die Kommune!

Zum Schluß hieß es:

Nehmt eine Fackel in die Hand
Und steck die laufige Welt in Brand!
Es lebe die Kommune!

Ob die Hamburger Nationalliberalen inzwischen etwas verlernt haben? Vielleicht auch nicht!

Diesen von Wilhelm Bloß in der Leipziger Volkszeitung erzählten Geschichten schließen wir folgende vom Säch-sischen Volksblatt mitgeteilte an:

Eine drollige Wahlgeschichte ist am 17. Juni 1903 in Stenn passiert. Die Freude über den günstigen Ausgang der Wahl war natürlich groß. In der verschiedensten Weise kam diese Freude zum Ausdruck. Eine unfrer Genossen, unser alter Veteran Schlegel in Stenn, gab nun seinen Gefühlen dadurch Ausdruck, daß er am Abend sein am Stenner Bahnhof gelegenes Etablissement illu-minierte. Er stellte Lichter an die Fenster und erhöhte die Wirkung noch durch Ausschängen bunter La-ternen. Vergnügt sah unser Genosse hinter dem Fenster und freute sich seines Lebens. Da plötzlich ertönte im Nichtentanne ein Signal. Alles horcht. Es ist das Signal der Feuerwehr! Wo ma's brennen? Der eine fragt den anderen. Jetzt kommen Radfahrer, hinter ihnen in rasendem Galopp die Feuer-spritze und stürmen in das friedliche Stenn ein. Wo brennt's? Wo brennt's? Die Radfahrer kamen zuerst an der Unglücksstelle an. Aber wie groß ist ihre Enttäuschung! Sie hatten in der schönen Illumination un-jeres Genossen das vermeintliche Feuer erblickt. Die Spritze brauchte nicht in Tätigkeit zu treten. Die Lichtentanner zogen ab, Stenn aber lachte.